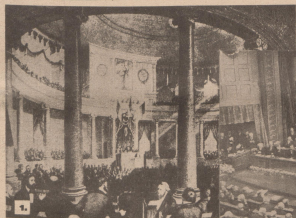


Der Reimatsdienst



1.



2.



- 1 Die Nationalversammlung in der Paulskirche 1848
- 2 Ebert eröffnet die Nationalversammlung in Weimar 1919
- 3 Der Verfassungstag im Reichstag
- 4 Feste auf dem Frankfurter Römerberg 1925



3.



4.

Zum zehnten Geburtstag der deutschen Republik.

Von Dr. Eduard David, Reichsminister a. D.

Am 31. Juli 1919 wurde die neue Reichsverfassung in der Nationalversammlung in dritter Sitzung mit 275 gegen 75 Stimmen verabschiedet; am 11. August wurde sie, mit den Unterschriften des Reichspräsidenten Ebert und sämtlicher Reichsminister versehen, im Reichsgesetzblatt veröffentlicht. Damit hatten Volkvertretung und Regierung dem ungeheuren Wandel vom Militär- und Privilegienstaat zum republikanischen Volksstaat das legale Siegel aufgedrückt. An Stelle des von Bismarck geschaffenen „ewigen Bundes“ der deutschen Fürsten war ein aus dem souveränen Volkswillen hervorgegangenes Verfassungswerk getreten. Aus dem beormundeten Untertanenvolk war ein von der Geschichte mündig gesprochenes freies Staatsbürgervolk geworden.

„Das deutsche Volk, einzig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.“

Diese Einleitungsworte der Weimarer Verfassung bekräftigen von allem eine Tatsache, die manche, die es mit erlebt haben, inzwischen wieder vergessen, und viele, die nicht mit dabei waren, offenbar sich nie recht klar gemacht haben. Die Tatsache nämlich, daß die republikanische Verfassung dem deutschen Volke nicht durch irgendeine revolutionäre Gewalt aufgezwungen wurde, sondern sein eigener freier Willensentschluß war. Die Männer, denen im November 1918, nach der Kriegsniederlage und dem Zusammenbruch des alten Systems, die Zukunft zufiel, dachten nicht daran, die Zukunft des deutschen Volkes mit diktatorischen Geboten gestalten zu wollen. O nein! Die Träger der sozialdemokratischen Novemberdiktatur haben vielmehr von vornherein ihr Regiment nur als einen aus der Not geborenen Übergangszustand betrachtet und erklärt, daß eine aus freiessem Wahlrecht zu berufende verfassunggebende Nationalversammlung über das fernere Gesicht des deutschen Volkes zu bestimmen habe. Die sozialdemokratischen Volksbeauftragten waren eben ihrer inneren Überzeugung nach gute Demokraten, denen der Satz, daß der Wille des Volkes das höchste Gesetz sein müsse, als politische Grundforderung in Fleisch und Blut übergegangen war.

Demgemäß haben sie sich denn auch für die Erreichung dieses staatsrechtlichen Zieles mit größter Entschlossenheit und unter Gefahr ihres Lebens eingesetzt. Denn es gab damals eine sehr starke politische Strömung in Deutschland, die keine demokratische Staatsordnung, sondern die Diktatur als Dauerzustand wollte. Diese Strömung kam nicht etwa von rechts. Von dort her gab es damals keine Opposition. Die rechtsstehenden Elemente, soweit sie sich in jener kritischen Zeit überhaupt vernehmen ließen, stimmten mit ein in den demokratischen Ruf nach einer verfassunggebenden Nationalversammlung.

Der Ruf nach Diktatur kam von der linksradikalen Seite. Hier gab es im November 1918 eine organisierte, über bewaffnete Kräfte verfügende Macht, eine Macht, die von Tag zu Tag bedrohlicher anwuchs und hinter der als gewalttätige Kraft- und Antriebszentrum das bolschewistische Rußland stand. Ihr Ziel war die Weiterleitung der deutschen Revolution bis zur proletarisch-kommunistischen Rätediktatur nach russischem Muster. Der Regierung der sozialdemokratischen Volksbeauftragten, der deutschen „Kerensky-Regierung“, er-

klärten sie den Kampf bis aufs Messer. Die Ebert, Scheidemann, Noske, Wels und Genossen sollten zuerst an die Kaserne kommen. Die Wahl einer Nationalversammlung aber versuchten sie mit blutiger Gewalt zu verhindern.

Dem Ansturm dieser spartakistischen Diktaturanhänger haben die Männer, die heute oft als „Novemberverbrecher“ geschmäht werden, Halt geboten. Die sozialdemokratischen „Diktatoren“ haben also nicht dem deutschen Volke ihren Willen aufgezwungen; sie haben vielmehr dafür gesorgt, daß der Wille des Volkes nicht von einer mit terroristischen Mitteln arbeitenden Minderheit dergewaltigt wurde, sondern sich dem Neuaufbau des deutschen Staatswesens frei betätigen konnte.

Das haben auch in anderen Parteilagern stehende Männer, die die damaligen Kämpfe mit durchgemacht haben, offen anerkannt. Von vielen Zeugnissen sei hier nur das erwähnt, das der Vater des ersten Verfassungsentwurfs, Professor Hugo Preuß, bei Beginn der 3. Sitzung der Verfassung in der Nationalversammlung abgelegt hat. Er sagte damals:

„Daß nach einem solchen Kriege und nach einer solchen Niederlage, daß nach ungeheuren Tauschungen und Enttäuschungen mehr oder minder erhebliche Störungen der gewohnten Ordnung eingetreten sind, ist doch, glaube ich, weniger erstaunlich als die Mäßigung und Selbstbeherrschung der ohne Widerstand siegreich gewesenen Revolution, jene Mäßigung und Selbstbeherrschung, mit der sie sofort den Weg zur Herstellung des Rechtsstaates — des demokratischen Rechtsstaates — gesucht hat und auf diesem Wege doch immerhin ein bedeutendes Stütz vorwärts gekommen ist.“

Hier gestanden Sie mir ein persönliches Wort. Gerade weil ich niemals Sozialdemokrat, nicht einmal November-Sozialist gewesen bin, und es vermutlich auf meine alten Tage auch nicht mehr werde, halte ich es für richtig, anzuerkennen, daß mit jener Mäßigung und Selbstbeherrschung, die im Wesen der Sozialdemokratie die Grundlage der Demokratie nicht perkannt, sondern zu Ehren gebracht hat, sich die damaligen Machthaber ein Verdienst um Deutschland und unser deutsches Volk erworben haben, das man über den unaussprechlichen Reibungen und Gegensätzen der Gegenwart und Zukunft nicht vergessen sollte.“

Der Wille des deutschen Volkes selbst — zur Geltung gebracht durch die Zustimmung der großen Mehrheit der freigesetzten Männer seines Vertrauens — ist sonach das Fundament, auf dem die neue Reichsverfassung ruht. Das gibt ihre Stärke. Das gibt ihr auch den Anspruch auf Ansehen und Achtung überall in der Welt, wo freies Staatsbürgertum als politisches Ehrenrecht gilt. Wer der Weimarer Verfassung die Achtung verweigert, verweigert sie dem deutschen Volke, das sie sich schuf. Wer sie beschimpft, beschimpft das deutsche Volk. Die aber, die glauben, diese Verfassung wieder über den Haufen rennen zu können, die ein neues Chaos als Heilmittel gegen die nachwachsenden Gebrechen und Lasten des verlorenen Krieges empfehlen, würden im Versuchselb sehr bald die Kraft zu spüren bekommen, die der republikanischen Verfassung innewohnt. Denn die große Mehrheit des deutschen Volkes weiß, welch ein hohes Gut es hier zu verteidigen gilt.

Der in Weimar gezimmerte Staatsbau hat auch in dem ersten Jahrzehnt seines Bestehens bereits seine innere Festigkeit bewährt. Er hat den schwersten Belastungsproben innen- und außenpolitischer Art standgehalten. Die wiederholten Ver-

Prof. Ebert

Amn.

7. 2. 1919 mit K. H. H. H. H. H.

Anglikan

„Das deutsche Volk ist eine Republik“

M. H. H. H. H.

H. H. H. H. H.

D. Naumann.

H. H. H. H. H.

VIII 7

Ein entscheidender Beitrag

rade der äußersten Einkien wie der rechtschaffenen Galschisten, ihn mit Genuß aus dem Wege zu räumen, haben seinen Bestand nicht ernstlich zu gefährden vermocht. Ruhe und Ordnung ist unter dieser Verfassung wiederhergestellt worden. Desgleichen ist der neue Reichshaub der Gefahren Herr geworden, die ihn von außen androhten. Selbst eine so schwere Lebensbedrohung wie die Ruhelosigkeit und Rheinlandsperierung mit ihren Begleiterscheinungen der Separatistenbewegung und des gänzlichen Zusammenbruchs der deutschen Währung, hat er überstanden.

Wenn das Wirtschaftsleben Deutschlands sich aus der furchtbaren Zerrüttung, in die Kriegs- und Nachkriegszeit es gestürzt hatten, wieder auferichtet hat, wenn die Einheit der Reichs- erhalten wurde, wenn Deutschland im Kreis der Nationen heute wieder eine gleichberechtigte und angenehme Stellung einnimmt, so dankt es alles dies nicht zum wenigsten seiner in Weimar geschaffenen republikanisch-demokratischen Staatsordnung. Sie erwies sich als ein neues festes Band des nationalen Zusammenhalts; sie hat den Millionen des wert-tätigen Volkes eine bewußte, tatkräftige Staatsgewinnung ge-gaben und Kräfte aus der Tiefe des Volkes entwickelt, die dem Fortschritt auf allen Gebieten des Gemeinheitslebens dienen.

Tur in den Händen einer eckig demokratischen Staatsform, in der dem Willen der Volksmehrheit die letzte Entscheidung zusteht, konnte dies vollbracht werden. Mit dem Inkrafttreten der neuen Staatsform erhielten alle Schichten und Parteien unseres Volkes, die sich zur gesetzmäßigen Ausgestaltung der in jedem Staatswesen unvermeidlichen politischen und wirtschaftlichen Gegensätze bekennen, einen starken Schutz gegen Minderheiten, die der Volksmehrheit mit Gewalt und Terror ihren Willen aufzwingen wollten. Damit, daß auch der Opposition der neuen Staatsform die Türen durch legale Propaganda zu verbreiten, ist ihr zugleich jede moralische Unterlage entzogen für ein gewaltsames Vorgehen.

Nicht minder wichtig wie diese praktische politische Bedeutung für die innere Befriedung ist die sittlich kulturelle Bedeutung der neuen Staatsform. Die demokratische Republik genährt jedem Staatsbürger und jeder Staatsbürgerin das Recht auf politische Mitbestimmung des Volksschicksals. Diesem erhöhten Recht aber steht auch eine erhöhte Pflicht gegenüber, die Pflicht zur politischen Selbsterziehung und Selbstgute, zur verantwortungsbewussten Mitarbeit am Wohl des Ganzen.

Kein Gerienerer als der größte philosophische Denker, den Deutschland, den die Welt hervorgebracht hat, Immanuel Kant, hat die Grundgedanken für diese Staatsidee geliefert. Indem Kant den Wert und die Würde des Menschen in der Bestimmung seines sittlich-richtigen Willens erkennt, fordert er auch eine Staatsform, die die Voraussetzungen für eine solche sittliche Persönlichkeitsstufung bietet. In seiner 1795 erschienenen Schrift „Zum ewigen Frieden“ stellt er als die erste Forderung auf: „Die bürgerliche Verfassung in jedem Staat soll republikanisch sein!“ Zwar nach Kant bei der Definition des Begriffs Republik gewisse, aus seiner Situation als preussischer Staatsbeamter, begriffliche Konzeptionen hinsichtlich der repräsentativen Spitze, aber das wesentliche, was nach ihm die wirkliche Republik ausmacht und sie von einer bloßen Scheinde-mokratie unterscheidet, sieht Kant sehr richtig in der Gesetzgebung durch gewählte Volksvertreter und vor allem in dem Recht der Volksvertretung, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Nur in einer solchen Staatsform kann nach Kant der freie sittliche Charakter gedeihen, nur in ihr erscheint der Mensch nicht als bloßes Mittel zum Zweck, gebraucht oder

mißbraucht von den Trägern einer absoluten Gewalt zu egoistischen oder gar kulturwidrigen Zwecken; nur in ihr gilt er als sittlicher Selbstwert, wie es seiner Würde entspricht.

Die deutsche Republik, wie sie in der Weimarer Verfassung sich darstellt, ist die demokratische Republik der Welt. Aber sie ist noch etwas mehr: die Novemberrevolution war nicht nur auf eine politische Umwälzung eingestellt. Die revolutionären Arbeitermassen forderten nicht nur ein anderes Staatsrecht; ihr Streben richtete sich zugleich auf die Durchsetzung großer wirtschaftlicher Forderungen. Ja, ein ganz neues Wirtschaftssystem, das sozialistische, wurde von einem Teil der Arbeiterschaft als rasch zu erreichendes Ziel verfolgt. Die wütenden Angriffe der äußersten Linken gegen Nationalversammlung, Demokratie und republikanische Reichsverfassung hatten ja die Erzwigng dieses letzten Entzweiungszieles auf dem Wege der gewaltsamen Diktatur zum Ziel.

Auf dem wirtschaftlichen Gebiete liegt auch heute noch die Grun-
 Quelle der scharfen Gegensätze, der feindseligen Stim-
 mungen und schweren Bedrohungen der inneren Ordnung
 unseres wie aller anderen industriell entwickelten Staaten. Ein
 schweres Problem harret hier noch seiner Lösung; das große
 soziale Problem, den Gegensatz auszugleichen zwischen Reichen-
 reichtum auf der einen und Massen-
 armut auf der anderen Seite. In-
 näherung an das ideale Ziel: mög-
 lichste und menschenwürdige Ge-
 sichenshaltung für alle, muß hier der
 Richtschnur unseres Strebens sein.

Auch in dieser Hinsicht enthält die Weimarer Verfassung ein neues weltanschaulich bedeutungsvolles Moment. Sie ist nicht nur die demokratische, sondern auch die sozialistische Verfassung der Welt. Nicht, daß sie das soziale Problem gelöst hätte, nein, aber sie hat den Weg zu seiner Lösung gezeigt. Das ist die Bedeutung des Artikels 165 der Verfassung. Die Grundzüge eines Organisations-systems aufstellt, das für den Kampf zwischen Kapital und Arbeit legale Austragswege ausbauen soll, und das letztlich die Überwindung des wirtschaftlichen Gegensatzes zwischen Kapitalist und Lohnarbeiter zum Ziele hat. So soll neben den politischen auch die wirtschaftliche Demokratie sich durchsetzen.

Damit ist auch auf diesem wichtigen Grundgebiet unseres volklichen Daseins der Weg zum Frieden gewiesen und die Ausschaltung gewalttätiger Methoden angebahnt. Deutschland aber ist das Land, das unter Vermeidung des russischen Irrwegs allen Völkern voranschreitet auf diesem Weg zum sozialen Frieden.

Ich darf Sie erlaube wenige Sätze wiederholen, aus dem Gefeitwort, das ich der Versaffung bei ihrer Verabfchiedung in der Nationalverfammlung als Reichstsnminifter mit auf den Weg gab. Ich fagte damals: „Die Aberwindung des Gaufrechts, auch auf dem wirtschastlichen Kampfsgebiet, ist der Sinn dieser Bestimmungen der Versaffung. Dadurch charakterisiert fie fich als die Versaffung einer fozialen Demokratie. Das deutfehe Volk ist das erste Volk, das diesen Gedanten, diese Wegweisung zum fozialen Frieden in seine Grundrechte aufgenommen hat. Es hatte hierfür kein Vorbild. Es ist feine eigene Leiftung, und es ist eine Leiftung beften deutfehen Geistes, des Geistes von Weimar, der in der Geistes- und Kulturgefchichte der Welt ein fo hohes Anfehen errungen hat.“

In dieser hohen sozialen Aufgabe sehe ich die nationale und internationale Mission des deutschen Volkes, in deren Erfüllung es sich selbst und der Menschheit die höchsten Dienste zu leisten berufen ist. Möge es unserem Volke gelingen, auf diesem Wege den Aufstieg zu finden zur lichten Höhe vollendester politischer und menschlicher Kultur!

Auf die Bestimmtheit dieser Interpretanten der organisatorischen Bestimmungen die Verfassungsentwürfe will sich diese Denkschrift beschränken, die Begründung der Sinnhaftigkeit der kläufigen Erklärung vorbehalten. Keiner Verfassung ist es gegeben, die für ein gezieltes Handeln unantastbare Vollkraft hat von Top und Regierung, nur Gesinnung und Gliederung der Rechtsbestimmungen zu schaffen; das ist Sache der Vollziehung in deren höchster Linie, der Mitbestellung politischer Bewusstseins. Aber eine Verfassung kann und soll Hindernisse vermeiden, die der Entfaltung solcher Vollzugsgegnung entgegenstehen, und Einrichtungen schaffen, die ^{dieser} Mitbestellung erleichtern. Wären die Vorrechte des Verfassungsentwurfs noch Möglichkeit dieser höchsten Aufgabe der Legitimation durch den Können.

(Excell. Aug 3, 1898)

Der Staatssekretär des Innern, Ed. Arn

Abſchluß der Denſchrift,
die Hugo Preuß ſeinem Verfaſſungsentwurf beigab

-f4-1f-1c Defens Uden Defens De

Verfassung und Volk.

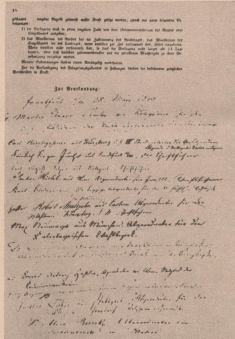
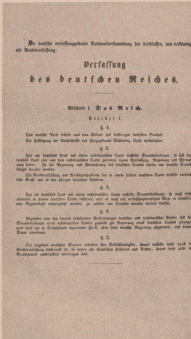
Von Reichsminister des Innern Carl Severing, M. d. R.

Die berühmte Rede Ferdinand Kaffalls hat, was das Grundgesetz betrifft, noch heute Geltung: der König und seine Offiziere — sie sind ein Stück Verfassung. Nur, daß es heute heißen muß: das Volk ist die Verfassung! Oder, richtiger

Oberflächliche Betrachter haben gelegentlich gemeint, daß die Verfassung des Weimar nur ein Gebilde des Zufalls sei, gewissermaßen das Produkt einer schlechten und getriebenen Stunde. Diese leichtfertigen Betrachter meinen dann auch, daß

es kein großes Aufheben geben würde, wenn die Weimarer Verfassung wieder verschwände. Das ist eine überaus kindische Betrachtungsweise. Die Verfassung, die sich ein selbstbewußtes Volk gibt, ist kein angelegtes Ornament, ist vielmehr Gleich und Blut dieses Volkes. Die Mehrheit des deutschen Volkes hat in Weimar nicht willfürlich gehandelt, sie hat vielmehr in konsequenter Entwicklung jahrhundertlangen Strebens das verwirklicht, wovon Generationen geträumt, worum die besten Männer des Volkes gerungen haben. Wenn es wahr ist, daß nur das in der Welt Bestand hat, was in geschichtlichen Voraussetzungen wurzelt, so hat die Weimarer Verfassung Aussicht auf langen Bestand. Ihre Geschichte greift weit zurück in Deutschlands Vergangenheit; sie hat jedenfalls mehr Tradition,

als irgendeine Diktatur haben würde. Das Volk von Weimar vollstreckte ein bedeutendes Geschichtserbe, es vollendete eine gewaltige Entwicklung, die über die Bauernkriege der nachreformatorischen Zeit hinüberführt zu den Freiheitskämpfen von 1848, die dann, vielfach durchbrochen, aber immer wieder siegreich, den maskierten Absolutismus und dessen Klassenvorrechte endgültig durchstößt, um im Volksstaat und seiner unbedingten Demokratie ans erste Ziel zu kommen. Man sieht: die Weimarer Verfassung ist kein Zufallsgebilde, sie ist nicht von außen her uns aufgepfropft worden, sie ist vielmehr die Verwirklichung von mehreren hundert Jahren politischer Arbeit. Ungezählte Opfer sind der vorangegangenen, die besten Kräfte haben sie, jeweils bedingt durch die Ausdrucksform ihrer Zeit, vorgebracht, die Dichter haben von ihr gesprochen und die Sänger von ihr gesungen, die Millionen der Regierten — der Untertanen — aber haben nach dem Grundgesetz der demokratischen Gerechtigkeit, der Gleichberechtigung aller, gestrebt. Die Millionen der einsigen Untertanen und heutigen Volksgenossen sind mit dem Weimarer Grundgesetz der Demokratie verwachsen, denn dies Grundgesetz ist nichts anderes als die Niederschrift des Willens und des Vermögens der Volksmehrheit. Hinter der Verfassung von Weimar steht die geistige und physische Macht der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes. Nur wer diese Macht beseitigt, kann die Verfassung von Weimar beseitigen. In solchem Bestand wurzelt die Dauer der Weimarer Verfassung. Sie ist ausbaufähig und ausbauwillig; aber sie kann nur abgemandelt werden nach dem Gesetz, nach dem sie geschaffen: nach dem Gesetz des Volkes.



Der mißlungene Versuch von 1849

gesagt: die Mehrheit des Volkes ist die Verfassung. Es wäre gewiß besser, wenn das Volk in seiner Gesamtheit hinter der Verfassung stände. Für die Wirklichkeit, für den Bestand, für das Zustandekommen der Verfassung genügt nach dem Prinzip der Demokratie indes eine Mehrheit, eine Mehrheit, die, mehr wie der König und seine Offiziere, nicht nur ein Stück Verfassung, sondern die Verfassung schlechthin ist. Durch die lebendige Volksmasse bekommt die Verfassung ihre Macht. Denn darauf kommt es an, daß hinter den wenigen Seiten beschriebenen oder bedruckten Papiers, die den Wortlaut der Verfassung enthalten, ein willensstarkes und handlungsfähiges Volk steht. Wenn und solange diese Voraussetzung erfüllt ist, fröhnt in das scheinbar mechanische Inkrement des Verfassungsfestes ohne Unterlaß die Kraft dieses Volksteiles und wandelt das papierne Dokument zu einem Organismus, zum Lebensgefühl, zum Herzstück der gesamten Volksgemeinschaft. Auch die, die abseits stehen, die der Verfassung den Respekt verweigern, sie vermaßen und zerreißen möchten, können sich ihrer Wirklichkeit nicht entziehen. Willig oder unwillig blickt jeder Deutsche auf die Verfassung, um an den Rechten, die sie verkörpert, teilzuhaben. Es wirkt oft überraschend, es ist aber nur eine unbewusste Anerkennung unserer demokratischen Verfassung, wenn ihre Gegner im Lager der Diktatorchwärmer sich auf die Freiheiten berufen, die das Weimarer Grundgesetz jedem Bürger der Republik gewährt. Es versteht sich von selbst, daß solche Freiheit ihre Grenze finden muß am Bestand des Volksstaates, daß sie nicht dazu gebraucht werden darf, den Volkswillen des Volkes zu verflachen oder auch nur zu stören.

Der Aufstieg des deutschen Volkes zur inneren Freiheit.

Reichspräsident von Hindenburg:

Das deutsche Volk hat in Zeiten schwerster Prüfung sein Schicksal in die eigene Hand genommen. Möge es bewiesen, daß es dieser Selbstverantwortung gewachsen ist.

Karl Freiherr von Stein:

Ich halte es für wichtig, die Fesseln zu zerbrechen, durch welche die Bürokratie den Aufschwung der menschlichen Tätigkeit hemmt, jenen Geist der Habsucht, des schmutzigen Vorteils, jene Anhänglichkeit an Mechanismus zu stören, die diese Regierungsform beherrschen. Man muß die Nation daran gewöhnen, ihre eigenen Geschäfte zu verwalten, und aus jenem Zustande der Kindheit hinauszutreten, in dem eine immer unruhige, immer dienstfertige Regierung die Menschen halten will. Der Übergang aus dem alten Zustand der Dinge in eine neue Ordnung darf nicht zu hastig sein, und man muß die Menschen nach und nach an selbständiges Handeln gewöhnen, ehe man sie zu großen Versammlungen beruft und ihnen große Interessen zur Disposition anvertraut.

Hardenberg:

Also eine Revolution im guten Sinne, geradehin führend zu dem großen Zweck der Veredelung der Menschheit, durch Weisheit der Regierung und nicht durch gewaltsame Impulse von innen oder außen — das ist unser Ziel, unser leitendes Prinzip. Demokratische Grundätze in einer monarchischen Regierung: dieses scheint mir die angemessene Form für den gegenwärtigen Zeitgeist. Die reine Demokratie müssen wir noch dem Jahre 2440 überlassen, wenn sie anders je für den Menschen gemacht ist.

Gneisenau:

Die Revolution hat die ganze Nationalkraft des französischen Volkes in Tätigkeit gesetzt, dadurch die Gleichstellung der verschiedenen Stände und die gleiche Besteuerung des Vermögens, die lebendige Kraft im Menschen und die tote der Güter in einem wuchernden Kapital umgeschaffen und dadurch die ehemaligen Verhältnisse der Staaten zueinander und das darauf beruhende Gleichgewicht aufgehoben. Wollten die übrigen Staaten dieses Gleichgewicht wieder herstellen, dann mußten sie sich die selben Hilfsquellen eröffnen und sie benutzen. Sie mußten sich die Resultate der Revolution zueignen und gewannen so den doppelten Vorteil, daß sie ihre ganze Nationalkraft einer fremden entgegenzusetzen konnten und den Gefahren einer Revolution entgingen, die gerade darum für sie noch nicht vorüber sind, weil sie durch eine freiwillige Veränderung einer gewaltsamen nicht vorbeugen konnten.

Wismar:

Es kann ja sein, daß Gott für Deutschland noch eine zweite Zeit des Zerfalls und darauf eine neue Ruhezeit vorbat, auf einer neuen Basis der Republik, das aber berührt uns nicht mehr.

Friedrich Ebert:

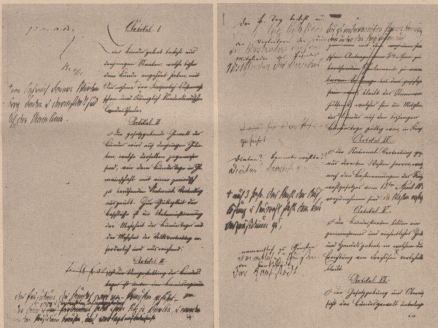
Ich betenne aber auch, daß ich ein Sohn des Arbeiterstandes bin, aufgewachsen in der Gedankenwelt des Sozialismus, und daß ich weder meinen Umpfug noch meine Überzeugung jemals zu verleugnen gesonnen bin. Indem Sie das höchste Amt des deutschen Reichspräsidenten mit anvertrauen, haben Sie — ich weiß es — keine einseitige Parteiherrschaft ausüben wollen. Sie haben aber damit den ungeheuren Wandel anerkannt, der sich in unserem Staatswesen vollzogen hat, und zugleich auch die gewaltige Bedeutung der Arbeiterklasse für die Aufgaben der Zukunft. Die ganze wirtschaftliche Entwicklung läßt sich darstellen als eine fortwährende Verringerung und Abtragung der Vorrechte der Geburt. Jetzt hat das deutsche Volk dieses Vorrecht auf dem Gebiet der Politik reslos beseitigt. Und auch auf sozialem Gebiet vollzieht sich diese Wandlung. Auch hier werden wir bestrebt sein müssen, allen, im Rahmen des menschlich Möglichen, den gleichen Ausgangspunkt zu geben und das gleiche Gepäd aufzuladen.

Gustav Stresemann:

Gewiß, der Streit um Altes und Neues ist noch nicht ausgefochten. Wie sollte das auch in einem Jahrzehnt möglich sein! Aber gegenüber der Idee „altes oder neues Deutschland“ fand sich die Synthese des Alten mit dem Neuen. Niemand in Deutschland kämpft für die Wiederherstellung dessen, was war. Seine Schwächen und Fehler liegen zutage. Aber was weite Schichten fordern als Anerkennung im neuen Deutschland, das ist die Achtung vor dem, was groß und ehrwürdig in dem alten gewesen ist.

Diese sind gewiß nur schwer und zögernd zu dieser Auffassung der Befindlichkeit der Dinge zum neuen Deutschland gekommen. Aber mit jedem Tage sind die Reichen derer stärker geworden, die sich hier zusammenfanden. Und nicht, was im Übergang der Änderung von heute auf morgen, sondern was im harten Ringen und Gegenpiel der Seele wurde, gibt Gewähr für seinen Bestand.

Zusammen dem Gedächtnis der Reichsregierung zum Verfassungstag „Deutsche Einheit — Deutsche Freiheit“, erschienen im Zentralverlag, Berlin.



Verfassung und Weltanschauung.

Von Dr. Marg, M. d. K.

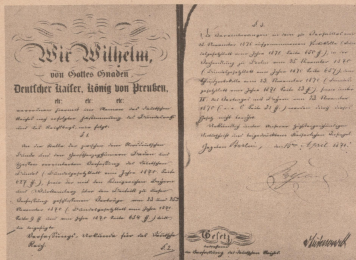
Wenn sich die Verfassung von Weimar noch nicht in allen Teilen des deutschen Volkes der Achtung und Beliebtheit erfreut, die sie tatsächlich verdient, so liegt das zu einem großen Teile daran, daß sie unter Vorurteilen mannigfacher Art leidet. Die drückendsten gerichteten Bevölkerungskreise werden

verwaltert ihre Angelegenheit selbständig, natürlich innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes. Die Erwerbung der Rechtsfähigkeit ist in weitem Umfange gesichert (Art. 137). Ebenso werden das Eigentum und sonstige Rechte der Religionsgesellschaften an ihren Anhalten, Stiftungen und ihrem sonstigen Vermögen gewährleistet (Art. 138).

Die Jugendberziehung ist, soweit es durch Verfassungsbefimmungen geschehen kann, grundsätzlich in durchaus zufriedenstellender Weise geordnet. Die Bildung der Jugend soll durch öffentliche Anhalten erfolgen, bei deren Einrichtung Reich, Länder und Gemeinden zusammenwirken sollen (Art. 145). Die allgemeine Schulpflicht wird in Art. 145 verfassungsmäßig festgelegt. Zu ihrer Erfüllung dient die Volksschule mit mindestens acht Schuljahren und die anschließende Fortbildungsschule bis zum vollendeten 18. Lebensjahre. Wertvoll im Sinne der allgemeinen Volksschule ist die Bestimmung, daß der Unterricht und die Kernmittel in den Volksschulen und Fortbildungsschulen unentgeltlich sind. Am wenigsten glücklich ist leider der äußere Aufbau des Schulwesens geordnet. Der Art. 146 trägt zu offensichtlich die Spuren der schweren Kämpfe an sich, die seiner endgültigen Fassung vorhergingen. Aber seine Auslegung wird so hartnäckige und schwierige Meinungsverschiedenheiten entfeinden, daß bis jetzt das in diesem Artikel vorgesehene Reichsschulgesetz noch nicht zustande gekommen ist. Bedeutungslos sind aber wiederum die Darlegungen über das Ziel der Schulbildung in Art. 149, der auch die Sorge für das gesamte Volksschulwesen ausdrücklich dem Reiche, den Ländern und den Gemeinden auflegt. Hervorzuheben ist die wertvolle Bestimmung, daß beim Unterricht in öffentlichen Schulen Bedacht darauf zu nehmen ist, daß die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden.

Von größtem Werte ist die Feststellung des Art. 120, der die Erziehung des Nachwuchses als natürliches Recht der Eltern, aber auch als ihre oberste Pflicht erklärt, eine Bestimmung, die in früheren Verfassungen überhaupt nicht zu finden war. Der verschiedenen Auffassungen der Eltern entsprechend erklärt der Art. 149 auf der einen Seite den Religionsunterricht zum ordentlichen Lehrfach der Schulen; er soll in Übereinstimmung mit den Grundbügen der betreffenden Religionsgesellschaft erteilt werden, aber unbeschadet des Aufsichtsrechts des Staates. Diese Bestimmung bezieht sich natürlich nicht auf die sogenannten weltlichen Schulen. Andererseits wird den Lehrern und auch den Erziehungsberechtigten freigestellt, die Erteilung des Religionsunterrichts bzw. die Teilnahme der Kinder am Religionsunterricht oder an kirchlichen Feiern abzulehnen. Die Freiheit der in Betracht kommenden Persönlichkeiten ist also unter allen Umständen gewahrt.

Sehr wenig bekannt ist die gerade für unsere Zeit bemerkenswerte Vorschrift des Art. 115, die dahin geht, daß fremdsprachige Volksteile des Reiches weder durch die Gesetzgebung noch durch die Verwaltung in ihrer freien volkstümlichen Entwicklung, besonders nicht im Gebrauche ihrer Muttersprache beim Unterricht, sowie bei der inneren Verwaltung und der Rechtspflege beeinträchtigt werden dürfen. Wenn also unser Reichsaussenminister Dr. Stresemann sich mit solcher Energie für die Rechte der Minderheiten bei den Verhandlungen des Völkerbundes einsetzt, so kann er mit Gewissung auf diese Bestimmung der Weimarer Verfassung hinweisen. Zustände, wie sie sich in Südtirol in so beklagenswerter Weise entwickelt haben, sind für das Deutsche Reich verfassungsmäßig ausgeschlossen.



Das Reichs-Weimarer

vielfach dadurch irreführt, daß man ihnen vorträgt, die Verfassung sei unrichtig, sie sei von religionsfeindlichem Sinne beeinflusst. Nichts ist falscher als das. Wo ist dann in einer der früheren Verfassungen von Gott die Rede gewesen? Demgegenüber kann nicht bestritten werden, daß eine große Zahl von Bestimmungen der Weimarer Verfassung die Freiheit der Religionsübung, die Freiheit der Gewissen betont und ausdrücklich festlegt. Manche Religionsgemeinschaften verlangen aber in erster Linie für ihre Betätigung Freiheit von staatlicher Bevormundung. In dieser Beziehung bedeutet die Weimarer Verfassung zweifellos einen großen Schritt voran. Der Art. 135 sichert allen Bewohnern des Reiches volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungehörte Religionsübung wird gewährleistet und ausdrücklich unter staatlichen Schutz gestellt. Die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten sollen durch die Ausübung der Religionsfreiheit weder bedingt noch beschränkt werden. Der Genuß bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte, sowie namentlich die Zulassung zu öffentlichen Ämtern sind unabhängig vom religiösen Bekenntnis (Art. 136). Das sind doch offensichtlich Bestimmungen, die durchaus der modernen Entwicklung entsprechen und zu begrüßen sind. Wenn es dann weiter heißt, daß niemand verpflichtet sei, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren, daß auch die Behörden nur dann das Recht haben sollen, Fragen nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft zu stellen, wenn Rechte und Pflichten davon abhängen oder eine gesetzlich angeordnete staatliche Erhebung dies erfordert, dann muß das doch unter allen Umständen als ein Vorzug betrachtet werden gegenüber der vom religiösen Standpunkte aus unerträglichen Einmischung des Staates in die religiöse Bewegung des Staatsbürgers, wie sie früher leider vielfach zu beklagen war. Im Sinne echter Religiosität ist meines Erachtens auch die Bestimmung zu begrüßen, daß niemand zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit oder zur Teilnahme an religiösen Übungen gezwungen werden darf (Art. 136). Das ist Sache der Religionsgesellschaften, deren Freiheit durch Art. 137 in jeder Richtung gewährleistet wird. Ihre Bildung unterliegt keinen Beschränkungen. Jede Religionsgesellschaft ordnet und

Wenn man sich die überaus wertvollen Bestimmungen unserer Verfassung über die Religionsgesellschaften und die Bildungsfragen gegenwärtig, dann wird man nach meiner Überzeugung nicht umhin können, diese Verfassung nicht nur als staatsrechtlich verbindlich zustande gekommen anzuer-

kennen, sondern sie auch, weil sie überaus wertvolle Fortschritte kultureller Art gegenüber den früheren Zuständen in sich enthält, zu schätzen und zu achten. Möchte die zehnjährige Feier ihres Bestehens dem einheitlichen Zusammenschluß des deutschen Volkes in dieser Richtung dienen!

Der Anschluß Österreichs und die Verfassung.

Von Reichstagspräsident Paul Löbe.

Als vor zehn Jahren die neue Verfassung für die Deutsche Republik geschmiedet wurde — ehe das Diktat der Friedensverträge ungezählte Hoffnungen zerstückte —, glaubten viele der besten Männer aus allen Teilen Deutschlands den Zusammenschluß mit Österreich in nächster Nähe. Die dynastischen Hindernisse waren gefallen, alle Hemmnisse bestanden nicht mehr, über den Willen der beiden beteiligten Völkerteile bestand kein Zweifel. Der österreichisch-deutsche Stamm hatte durch den Mund seiner Vertreter sich offiziell zum Bestandteil der Deutschen Republik erklärt, alle Äußerungen von privaten Korporationen und Vereinigungen gingen in gleicher Richtung. Der Gesandte Österreichs, Ludo Hartmann, ein bekannter Unschicksfreund, nahm schon eine Art Mittelstellung ein. Er saß in Weimar bereits auf den Bänken des Reichsrates und beteiligte sich an den Verhandlungen im Verfassungsausschuß, als ob Österreich schon ein Teil des Reiches wäre. Entsprechend war die Stellungnahme der deutschen Regierung und der Volksvertretung in dieser Zeit.

Schon in seiner Eröffnungsrede in der Weimarer Nationalversammlung am 6. Februar hatte der Volksbeauftragte, späterer Reichspräsident Ebert den Willen zum Zusammenschluß unzweifelhaft ausgesprochen, indem er unter lauten, sich ständig wiederholenden und steigenden Beifall ausführte:

„Unsere deutsch-österreichischen Brüder haben auf ihrer Nationalversammlung bereits am 12. November vorigen Jahres sich als Teil der großdeutschen Republik erklärt. Jetzt hat die deutsch-österreichische Nationalversammlung erneut unter stürmischer Begeisterung uns ihren Gruß entboten und die Hoffnung ausgesprochen, daß es unserer und ihrer Nationalversammlung gelingen wird, das Band, das die Gewalt 1866 zerrissen hat, wieder neu zu knüpfen. Deutsch-Österreich müsse mit dem Mutterland für alle Zeiten vereinigt werden. Meine Damen und Herren! Ich bin sicher, im Sinne der gesamten Nationalversammlung zu sprechen, wenn ich diese historische Kundgebung aufrichtig und voll Freude begrüße und sie mit großer herzlichster Brüderlichkeit erwidere. Unsere Stammes- und Schicksalsgenossen dürfen versichert sein, daß wir sie im neuen Reich der deutschen Nation mit offenen Armen und Herzen willkommen heißen. Sie gehören zu uns und wir gehören zu ihnen. Ich darf auch wohl die Erwartung aussprechen, daß die Nationalversammlung die künftige Reichsregierung ermächtigt, baldigst mit der Regierung des deutsch-österreichischen Freistaates über den endgültigen Zusammenschluß zu verhandeln. Dann soll kein Grenzpaß mehr zwischen uns stehen. Dann wollen wir sein ein einzig Volk von Brüdern.“

Diese Sätze find am folgenden Tage auch von dem ersten Präsidenten des Parlaments, Dr. David, in seiner Antrittsrede unterstrichen und in einer großen Anzahl Begrüßungstelegrammen aus allen Teilen Österreichs bestätigt worden.

Das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt, die von den Volksbeauftragten Ebert und Scheidemann vorgelegte Notverfassung, schloß bereits die ersten Maßnahmen zur Beteiligung Österreichs an der deutschen Gesetzgebung vor und sagte in seinem § 2:

„Wenn Deutsch-Österreich sich dem Deutschen Reiche anschließt, erhält es das Recht der Teilnahme am Staaten-

ausschuß mit einer dem Absatz 2 entsprechenden Stimmzahl. Bis dahin nimmt es mit beratender Stimme teil.“

Die Beratung dieser Notverfassung gab den einzelnen Parteien Gelegenheit, zur Frage des Anschlusses Stellung zu nehmen, und alle, ohne Unterschied, Regierungsparteien und Oppositionen, stellten sich auf den gleichen Standpunkt. Für das Zentrum tat es mit warmen Worten der inzwischen verstorbene Abgeordnete Gröber, der sich als Schwabe, als „Vorder-Österreicher“ bekannte, und den Landsleuten von der anderen Seite der Donau ein herzliches Glückauf zum Willkommen entgegenrief. Mit den Worten: „Wir grüßen die österreichischen Brüder, kommt, wir warten“, schloß der Abgeordnete Naumann für die Demokraten seine darauf bezüglichen Ausführungen, und der Abgeordnete Kell versicherte für die Sozialdemokratie: „Wir werden die Stammesbrüder aus der alten gespaltenen Donaumonarchie, wenn sie zu uns kommen, willkommen heißen im Namen der deutschen Einheit.“

Aber auch die oppositionellen Gruppen stellten sich auf den gleichen Standpunkt. Der Abgeordnete Haase von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, zu der damals noch die heutigen Kommunisten gehörten, erklärte: „Zu Österreich stehen wir alle gleich, meine Partei hat stets gesagt, daß die Völker nach ihrem eigenen Willen ihr Geschick bestimmen sollen, und, da die Österreicher zu Deutschland wollen, wäre es einfach eine Verleugnung unseres Grundsatzes, wenn wir die Österreicher ablehnen.“

Im gleichen Sinne äußerte sich Dr. Kleiser für die Deutsche Volkspartei, und gemeinsam mit den Vertretern der Deutschnationalen wurde von sämtlichen Fraktionen der folgende Antrag eingebracht:

„Die Nationalversammlung nimmt mit lebhafter Genugtuung von den Beschlüssen Kenntnis, mit denen die Vertreter der Stämme Deutsch-Österreichs ihre Zugehörigkeit zu dem deutschen Gesamtvolk bezeugt haben. Sie bestätigen den deutsch-österreichischen Brüdern, daß über die bisherigen staatlichen Grenzen hinweg die Deutschen des Reiches und Österreichs eine untrennbare Einheit bilden und spricht die zuversichtlichste Hoffnung aus, daß durch die von den Regierungen einzuleitenden Verhandlungen die innere Zusammengehörigkeit bald in festen staatlichen Formen einer von allen Mächten der Welt anerkannten Ausdrucks finden wird.“

Der Antrag, den die Abgeordneten Löbe, Gröber, Haase, v. Payer, Dr. Graf von Posadowsky-Wehner, Dr. Stresemann unterschrieben hatten, wurde am 21. Februar unter Beifallsbegrüßungen einstimmig angenommen.

Aber, was damals als bald mögliche, dringlichst erforderliche, staatsrechtliche Tatsache angesehen wurde, ist durch die Friedensverträge von Versailles und St. Germain zwar nicht für alle Zeit verboten, aber auch von der Zustimmung des Völkerbundes abhängig gemacht und damit auf lange Zeit hinausgeschoben worden.

Begraben sind diese Ansprüche auf staatliche Einigung der Deutschen damit nicht, sie bleiben bestehen, und von der Befriedung Europas wird es abhängen, wann endlich der Tag naht, der auch uns Deutschen das Selbstbestimmungsrecht gewährt, das die Grundlage der Neuordnung Europas werden sollte.

Die Reichsverfassung führte neu den Staatsgerichtshof ein. Er entscheidet bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichsregierung und Landesregierungen über Mängel bei Ausführung der Reichsgesetze, über Verfassungsstreitigkeiten innerhalb eines Landes, in dem kein Gericht zur ihrer Erledigung besteht, über Ministeranklagen, ferner über Streitigkeiten nicht privatrechtlicher Art zwischen Ländern oder zwischen dem Reiche und einem Lande und ähnliche öffentlich-rechtliche Streitfälle im Eisenbahn-, Wasserstraßen- und Postwesen. Befugung und Verfahren find in den einzelnen Streitfällen verschieden. Näheres ist geregelt im Gesetz über den Staatsgerichtshof und seiner Geschäftsordnung, beide 1921 erlassen.

Die Reichsverfassung setzte die Pflicht zur Errichtung eines Reichsverwaltungsgerichts fest, als obersten Verwaltungsinstanz der einzelnen gegen Anordnungen und Verfügungen der Verwaltungsbehörden. Als bald nach Inkrafttreten der Verfassung wurden die Vorarbeiten für die Schöpfung eines Reichsverwaltungsgerichts aufgenommen. Verschiedene Pläne sind teils aus finanzpolitischen, teils verwaltungsorganisatorischen Gründen wieder fallengelassen worden. Auf der Sänderkonferenz im Januar 1928 hat die

Reichsregierung erklärt, daß sie zur Vereinfachung der Gesamtverwaltung des Reiches neue Vorschläge machen würde. Der Gerichtshof soll nach Vereinbarung mit Preußen unter Angliederung des preussischen Oberverwaltungsgerichts errichtet werden.

Reichswirtschaftsgericht und Bundesamt für das Heimatwesen sollen im neuen Reichsverwaltungsgericht aufgehen.

Reichsrecht bricht Landesrecht. Bezweifeln, ob Landesrecht mit dem Reichsrecht vereinbar ist, kann der zuständige Reichs- oder Landesminister die Entscheidung eines obersten Gerichtshofes anrufen. Diese Entscheidung ist durch Gesetz vom 18. August 1920 dem Reichsgericht, für das Gebiet des Steuerrechts dem Reichsfinanzhof übertragen.

Die Verteidigung des Reiches ist Reichssache. Die Wehrverfassung war unter Berücksichtigung der besonderen landmannschaftlichen Eigenarten durch Reichsgesetz einbehalten zu regeln. Bereits am 20. August 1919 verfiel der Reichspräsident, daß mit dem Inkrafttreten der Reichsverfassung alle Teile der Wehrmacht seinem Oberbefehl unterstehen. Die Heeresverwaltung ist auf das Reich übergegangen, die Selbständigkeit der Heeresverwaltungen der einzelnen Länder hat aufgehört. Die Wehrverfassung wurde im Reichsgesetz vom 25. März und 18. Juni 1921 geregelt. Die Reichsverfassung forderte die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit, ausgenommen für Kriegszustände und an Bord der Kriegsschiffe. Diese Forderung wurde erfüllt durch Gesetz vom 17. August 1920.

Alle öffentlichen Beamten und Angehörigen der Wehrmacht find auf die Reichsverfassung zu vereidigen. Die näheren Bestimmungen über den Verfassungseid wurden einer Verordnung des Reichspräsidenten vorbehalten, die wenige Tage nach Inkrafttreten der Verfassung, am 14. August 1919, erschien.

Die Reichsverfassung brachte eine Reihe von Grundsätzen über Beamtenwesen und Beamtenrecht. Einzelheiten sollen in besonderen Reichsgesetzen geregelt werden. So sind die Grundlagen des Beamtenverhältnisses durch Reichsgesetz festzusetzen. Die Anstellung der Beamten soll im all-

gemeinen auf Lebenszeit erfolgen, Ruhegehalt und Hinter-
 liebensversorgung gesetzlich geordnet werden. Nur unter
 den gesetzlich bestimmten Voraussetzungen und Formen können
 Beamte ihres Amtes vorläufig entbunden, in den Ruhestand
 oder in ein anderes Amt mit geringerem Gehalt versetzt
 werden. Auch sollen besondere Beamtenvertretungen ein-
 gerichtet werden. Die Erfüllung der Beamtengesetzgebung sieht
 noch aus. Der Entwurf eines Beamtenvertretungsgesetzes kam
 im letzten Reichstag nicht mehr zur abschließenden Beratung.

Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln. Versammlungen unter freiem Himmel können anmeldepflichtig gemacht und bei unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden. Alle Deutschen haben das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine oder Gesellschaften zu bilden. Damit ist die Vereins- und Versammlungsfreiheit verfassungsmäßig festgelegt und auch der Rahmen, in dem polizeiliche Beschränkungen zugelassen sind. Das alte Reichsgesetz von 1908 muß daher dem neuen Verfassungsrecht angepaßt werden. Eine entsprechende Gesetzesvorlage war beim Reichstag der III. Wahlperiode nur bis zur Überweisung

an den Rechtsausschuß gelangt. Reichsinnenminister Severing hat kürzlich erneut die Unpassungsvorlage beim Reichstag eingebracht.

Die Gefeggebung im Schulwesen war freilich ausschließlich Sache der Länder. Die Verfassung von Weimar ſetzte ſich das kulturpolitiſche Ziel einer möglichſt vollſtändigen Jugendbildung. Sie legte eine Reihe von Programmpunkten feſt und beſtimmte ſie vor, Grundſätze über das Schulweſen aufzuſtellen, beſonders die Lehrerbildung ſollte das Reich einheitlich zu regeln und in einem Reichsschulgeſetz die Volksschulorganiſation geſtalten. Es iſt erklärlich, daß bei den großen außen- und innenpolitischen mißgriffen

National-Versammlung

[illegible]

„Sind Ihr bereit, die öffentliche Ruhe und Sicherheit gegen gewaltsame Eingriffe zu schützen und mit allem zu Gebote stehenden Mitteln die Wirksamkeit der Regierung gegen Unordnungen, ganz gleich von welcher Seite, zu gewährleisten?“

[illegible]

2. *Verfahren*, am 28. Dezember 1933

Die Reichsregierung:

Giert. Schellmann. Vandeberg. Naale. Balle.

Ein Plakat: Das Programm der neuen Regierung

und finispolitischen Befürchtungen, die das junge Staatssystem zu erfahren mußte, die Erfüllung dieses kulturpolitischen Programms zurückzuführen mußte, zumal eine Überbrückung der gegensätzlichen Auffassungen der großen, weltanschaulich getrennten Parteien in der Schulfrage zunächst nicht glücken sollte. Die Reichsschulgesetzgebung mußte sich bisher auf Bestimmungen über den Besuch der Grundschule und die Aufhebung der Vor- schulen durch das Grundschulgesetz vom 28. April 1920 und das Gesetz über den Lehrgang der Grundschule vom 18. April 1925 beschränken.

Einem wertvollen Schritt zur Stärkung des Reiches bedeutete die Verrellchlichung der Eisenbahnen und des großen Wassertrages, dann der Abgang der bayrischen und württembergischen Post- und Telegraphenverwaltungen auf das Reich. Vom 1. April 1920 an gab es nur noch eine einheitliche Reichsbahn und eine einheitliche Reichspost. Mit den Eisenbahnländern war bereits in einem Staatsvertrag vom 31. März 1920 Verhandlung erfolgt worden. Die Verträge über den Abgang der bayrischen und württembergischen Post fanden schon durch Gesetz vom 27. April 1920 ihre Bestätigung. Die dem allgemeinen Verkehr dienenden Wassertrage, die Ströme und Schiffsfahrkanäle, Binnen- und Seewassertrage, gingen mit Wirkung vom 1. April 1921 als Reichswasserstraßen auf das Reich über.

Das Privateigentum ist unter den Schutz der Verfassung gestellt. Indessen ist es nicht mehr stark individualistisch gestaltet, sondern wird einer sozialeren Auffassung gerecht.

Eigentum ist nicht nur Menschenrecht, sondern auch Bürgerpflicht. Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das gemeine Beste. Jedem Deutschen soll eine gesunde Wohnung und allen deutschen Familien, besonders den Klübern, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsheime gestellt werden. In Ausführung dieser Programmpunkte hat bereits zahlreiche wohnungs- und siedlungspolitische Gesetze erlassen: Reichsheimstättengesetz, Wohnungsmangelgesetz, Mietengesetz, Gesetz über Mietschutz und Mietminderungsämter, Pachtordnung, Siedlungsgesetz, Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung.

Die Arbeitskraft ist unter den besonderen Schutz des Reiches gestellt. Das Reich schafft ein einheitliches Arbeitsrecht. Erlassen sind bisher Arbeitsgerichtsrecht und Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Der Entwurf eines Arbeitschutzgesetzes liegt dem Reichstag vor.

Der Schlussartikel der Grundrechte stellt eine besondere Wirtschaftsverfassung auf, ein System von Arbeiterräten und Wirtschaftsräten, das auf den Gedanken der Arbeitervertretung sowohl wie der Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit von Arbeitern und Unternehmern aufgebaut ist. Zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen erhalten die Arbeiter gewählte Vertretungen. Zur Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben treten Bezirksarbeiterräte und Reichsarbeitererrat mit den Vertretungen der Unternehmer zu Bezirkswirtschaftsräten und zu einem Reichswirtschaftsrat zusammen. Zur Ausführung dieser Wirtschaftsverfassung wurden zunächst durch Gesetz vom 4. Februar 1920 als Unterbau des Systems der Arbeiterräte Betriebsräte und durch Verordnung vom 4. Mai 1920 als Zentralinstanz der Wirtschaftsräte der Vorläufige Reichswirtschaftsrat geschaffen. Seine Umwandlung in einen enollständigen steht unmittelbar bevor. Die dem Reichstag vorliegenden Entwürfe eines Gesetzes über den Reichswirtschaftsrat und eines Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über den Reichswirtschaftsrat werden voraussichtlich noch in diesem Jahre vom Reichstag verabschiedet werden können.

Seit ihrer Verkündung ist die Reichsverfassung durch verschiedene verfassungsändernde Gesetze in ihrem Wortlaut geändert worden. Zugunsten der einheitlichen Bevölkerung von Helgoland wurde ein von den Verfassungsgrundsätzen abweichendes kommunales Wahlrecht zugelassen. Die preussischen Stimmen im Reichsrat wurden erhöht, damit jede preussische Provinz eine Stimme erhalten konnte. Durch Gesetz vom 15. Dezember 1923 wurde festgestellt, daß der ständige Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksovertretung auch nach einer Auflösung des Reichstags bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags fortbesteht. Die Immunität des Präsidiums und der Zwischenausschüsse des Reichstags wurde durch einen neuen Artikel 40 a für die Zeit zwischen zwei Tagungen oder Wahlperioden sichergestellt. Andere den Wortlaut der Verfassung ändernde Gesetze schufen Übergangsrecht und sind inzwischen gegenstandslos geworden, wie die Bestimmungen über die Abfassung in Oberfließen und über die Amtsdauer des ersten Reichspräsidenten.

In dem geschichtlich gemessenen, kurzen Zeitraum von zehn Jahren, der überdies ausgefüllt war mit einer Fülle von Sorgen um Wiedererlangung der äußeren Freiheit, um Erhaltung der Einheit des Reiches, um Reparationen und Inflation, um Sicherung des inneren Friedens und der Staatsordnung, ist das Werk von Weimar in stetiger und ununterbrochener Arbeit seiner Erfüllung nähergerückt worden. Mäher Dank mußte zunächst angesichts anderer drängender Bedürfnisse zurückgestellt und seine Erfüllung der Zukunft vorbehalten bleiben. Zu all den schwierigen Aufgaben, die den jungen deutschen Republik gestellt wurden, ist neuerdings das Problem der Reichsreform getreten. Unter Wahrung einer starken Reichsgewalt gilt es, das Verhältnis des Reiches zu seinen Ländern veränderten Bedürfnissen anzupassen. Die Arbeiten zum Ausbau der Weimarer Verfassung werden dem zweiten Jahrzehnt der deutschen Republik seinen Stempel geben. Mögen sie alle Parteien und Volksgenossen im friedlichen Wettbewerb um Erreichung höchsten nationalen und menschlichen Strebens vereinen. Dann wird der Sang des Deutschlandliedes um Einigkeit und Recht und Freiheit seine reinste Verwirklichung finden.

Die ersten Verfassungsfeiern.

Von Dr. Arnold Brecht, Ministerialdirektor.

Die Heraushebung des Verfassungstages ist uns jetzt etwas Selbstverständliches geworden. Sie war es nicht von vornherein. Der erste Jahrestag, 1920, ging noch ohne jede Feier vorüber, obwohl die junge Verfassung in den Tagen des Kapp-Zuges ihre entscheidende Probe schon bestanden hatte.

Im Juli 1921 empfahl ich, aus den amtlichen Aufgaben heraus, die mir damals in der Reichskanzlei oblagen, dem Reichspräsidenten Ebert und dem Reichskanzler Dr. Wirth, den Jahrestag in einer behördlichen Feier zu begehen. Sie stimmten sogleich zu. Bis dahin hatte es seit dem Umsturz nichts gegeben, als Parteierfahrungen und Parlamentarismen, die ohne äußerliche Feierlichkeit verliefen. Man hatte sich gewissermaßen nur im Arbeitsrock gezeigt. Der neue Staat mußte einmal nach außen in repräsentativer, ihm selbst angemessener Form, sich darstellen und seine Mitarbeiter vereinen. Dazu war der Geburtstag des Verfassungsfriedens der einfachste, natürlichste Anlaß.

In der Reichskanzlei trafen wir die Vorbereitungen. Wir waren mit großem inneren Anteil bei der Sache. Von vornherein war Reichskunstwart Dr. Redlob dabei, der eine selten eingehende Kenntnis der deutschen Einheits- und Freiheitsbewegung des 19. Jahrhunderts mit seinem dem Heute und Jetzt gehörenden Gestaltungswillen verbindet. Auch an Haas-Hey und Otto Grautoff, die mithalfen, sei gedacht. Wir wählten als Namen das neue Wort „Verfassungstag“ — Feier und Fest war nicht der richtige Ausdruck in dieser Zeit. In der letzten Nacht wurden die Einrichtungen im Opernhaus getroffen, von Töner und seine Leute willig zur Hand gingen. Ich sehe noch vor mir, wie auf der Bühne der den ganzen Hintergrund einnehmende riesige Reichsadler — in Gold auf

Schwarz — gemalt wurde, vor dem dann das Orchester wie vor dem Sternenhimmel spielte. Er bildet noch jetzt bei den Verfassungsfeiern jährlich ein nun schon ehrwürdig gewordenes Bild historischen Geschehens. Das Orchester spielte als Einleitung die wirklich deutsche Freischütz-Ouvertüre, deren einfachen romantisch-lebhaftesten Freiheitsklang wie weniger angemessen, wir inriger und echter fanden, als die rauschenden Festouvertüren, die uns die Musiker vorschlugen.

Die Stimmung war noch kühl und reserviert. Wie schwer war es damals für den neuen Staat! Wir hatten keinen prominenten Redner außerhalb der Politikerkreise gefunden. Niemand hatte den Mut, niemand fühlte sich berufen, für den neuen Verfassungsstaat einzutreten. Der Reichskanzler mußte selbst die Rede übernehmen. Der eintretende Reichspräsident verneigte sich — und wurde noch nicht allgemein durch Erheben von den Sigen begrüßt. Aber das Gesamtbild war doch sehr würdig und hinterließ tiefen Eindruck. Es war das erste Mal damals, daß sich Generäle, Beamte und Gewerkschaften, Volksgeregierung und Spitzen der Kunst und Wissenschaft in demselben Saale vereinten. Die Bedeutung dieses symbolischen Aktes fühlten alle. So wurde die Feier, mit dem ersten Abschreiten einer Ehrenkompanie durch den Reichspräsidenten, ein Vorbild aller späteren Feiern, ein Schritt zur Festigung des neuen Staates. So empfand es auch Ebert. Sein persönlicher Dankesbrief an mich gehört zu meinem wertvollsten Besitz.

Ich sagte, niemand hatte den Mut —. Zwei Wochen später, am 26. August, wurde Erzberger ermordet. Nach

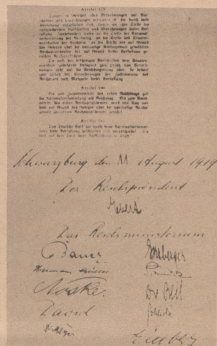
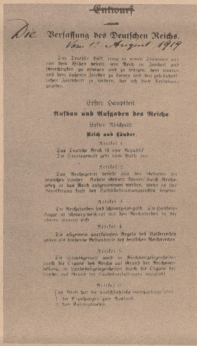
ehe der Verfassungstag wiederkehrte, fiel am 24. Juni 1922 auch Walter Rathenau. Unter dem Eindruck dieses zweiten vaterländischen Unglücks stand der Verfassungstag von 1922. Die Mittagsfeier fand diesmal im Reichstag statt, auf „Reichsboden“ (die Oper ist preussisch), geweiht durch die Totenfeier für Rathenau. Und ohne daß es einer Regie bedurfte, fanden dieses Mal alle auf, als Ebert eintrat.

Als gemeinsames Symbol hatte der erste Verfassungstag neben den noch unstrittenen Farben nur den Adler. Ein Lied fehlte. Ohne Gesang folgte die Feier. Wenn draußen Rabaukhelden mit ihren Kiedern feiern im freien Lufte, gab es keinen gemeinsamen Gesang ihnen entgegenzuehören. Vor der zweiten Verfassungsfeier gelang es uns diesen Bann zu brechen. Schon seit einem Jahre vermieden es die Militärkapellen auf unsern Vorschlag an den Musikinspektanten, beim Marsch durch Berlin das Deutschlandlied zu spielen, um dieses Lied nicht in den Kampf zu ziehen. Jetzt galt es die Mißdeutung seines Sinnes auszuräumen und den reinen Gedanken der letzten Strophe voll klingen zu lassen. Man mußte zeigen, wer Hoffmann von Fallersleben eigentlich war. Wie denn kannte das deutsche Volk seine Geschichte! Dabei half uns mehr als alle andern einer, Karl Vetter, damals Redakteur der „Volkszeitung“. Er war unermüdlich in der Aufklärung über Hoffmann und sein Lied. Köfer als Reichsinnenminister nahm sich mit all seiner Wärme und Klugheit des Planes an, und Reichspräsident Ebert stimmte zu. Sein Aufruf für das Deutschlandlied, für den Dreiklang „Einigkeit und Recht und Freiheit“, erschien am Morgen des 11. August. Gleichzeitig gaben wir die ersten Dreimarkstücke mit der Devise „Einigkeit, Recht, Freiheit“ aus (jeder Soldat der Ehrenkompanie erhielt eins zum Andenken), und im Reichstagsaal standen die drei Worte bei der Feier unter dem Adler. Die dritte Strophe wurde gesungen. Sie ist so schön!

Abends folgte eine Feier im Schauspielhaus, mit den Schlussworten aus Hauptmanns viel zu wenig beachtetem „Jahnhundertfestspiel“ und mit dem ersten großen Gadelzug auf dem Gendarmenmarkt. Heinrich George sprach von der Treppe Unruhs Hymne an die Republik. Friedrich Ebert sprach. Es war eine unergreiflich große Bezeugung. Der dritte Verfassungstag, 1923, stand unter einem Unfern. Es war das Jahr des Ruhebetruchs. An diesem Tage war die Demission des Kabinetts Cum gewiß. Hatte der Verfassungstaler im vorigen Jahr jedenfalls noch den Gegenwert einer Straßenbahnfahrt gegolten, so war die Mark jetzt an dem milliardenswerten Teil ihres alten Wertes gerückt. Grade am 11. August ging das Geld völlig aus. Die Druckerreien konnten nicht mitkommen. Trotzdem stand der Gedanke einer feierlichen Versammlung am Verfassungstage schon so fest, daß niemand auch nur vorschlug, darauf zu verzichten. Unschlüssig, der Kommentator der alten und der neuen Verfassung, hielt die Feder. Die Verfassung, sagte er, hat keine Schuld, wenn nicht die richtigen Persönlichkeiten gefunden werden; sie gibt die freiesien Möglichkeiten, sie zu finden. Ebert nickte ihm zu. Aber es war eine toterne Stimmung. Draußen scholl in die Pausen des Deutschlandlieds die Internationale der kommunistischen Gruppen hinein. Trotzdem fanden noch die Sportkämpfe am Nachmittag im Stadion

zum ersten Male — statt. Wir brachten die Reichsfahne mit und zogen sie auf. In Eberts Auftrag, der abjagen mußte, verteilte ich an die Sieger zum erstenmal die schöne Medaille, die Redsolb vom Bildhauer Döcke hatte fertigen lassen, und die seitdem jährlich verteilt wird. Die Abendfeier in der Oper, in der Willner den Schlussakt des Empedokles spielen sollte („Dies ist die Zeit der Könige nicht mehr“) und der Gadelzug wurden auf Eberts Wunsch abgesetzt.

Dun nun an ging es aufwärts. Jährlich breitet sich die Teilnahme an den Verfassungstagen aus. In jeder Zusammensetzung hielt die Regierung an der Feier fest. Immer größer wurde die Beteiligung der Massen an dem Gadelzug. Aber immer noch hatte die Feier in erster Linie den Charakter der Staatsfeier behalten, den sie ursprünglich absichtlich tragen sollte, als die am Staatsgeschick beteiligten Männer noch nicht miteinander warm geworden waren und sich einmal in gemeinsamen Feier vereinigen sollten. Dieser Zweck ist eigentlich überholt, nachdem alle amtlichen Kreise längst täglich eine



Die Verfassung von Weimar

große Kollegiale Arbeitsgemeinschaft bilden und gegenseitige Achtung, ja Freundschaft, trotz politischer Verschiedenheiten längst in den Ämtern und Parlamenten etwas Selbstverständliches geworden sind. Mein Wunsch, wie der vieler anderer, wäre es, sobald die Befreiung des Rheinlandes das zulässt, die ersten amtlichen Feiern mehr zurücktreten zu lassen und den Tag mehr in harmlos fröhlichen Volksfeiern zu gestalten. Der 11. August liegt nur für amtliche Feiern unangünstig, für Volksfeiern gibt es nichts Schöneres als so ein Sommertag. Auch in Frankreich, der Schweiz und vielen andern Ländern liegen die Nationalfeiern mitten im Sommer. Wenn die Kinder abends an diesem Tag mit Laternen gehen, wenn an der See und auf den Hügeln und Bergen Feuer brennen, wenn man abends auf der Dorfstraße tanzt oder promeniert: dann ist es schön, daß der Verfassungstag ein Tag im Sommer und in den Ferien ist.

Auch das wird kommen. Noch ist unsere politische Lage zu ernst. Inzwischen wollen wir uns an den großen Staatsfeiern, an den Wettkämpfen und dem Aufmarsch der Gadelträger freuen.

Die deutschen Farben.

Von E g m o n t Z e h l i n.

Die schwarzrotgoldene Triflore ist als Symbol des Einheits- und Freiheitsstrebens von den deutschen Studenten eingeführt worden, die im Oktober 1818 die Deutsche Burschenschaft gründeten. Die christlich-deutsche Ausbildung einer jeden leiblichen und geistigen Kraft zum Dienste des Vaterlandes zu pflegen und ein Bild des in Gleichheit und Freiheit blühenden Volkes zu geben, so wurde die burschenschaftliche Idee und Aufgabe formuliert. Darum sollten alle deutschen Burschen ein gleiches Abzeichen tragen. „Die ehemalige deutsche Farbe schien dazu die passendste“, so heißt es in dem Sitzungsprotokoll. Als solche übernahm man Farben, die die 1815 gegründete Jenaer „Urburschenschaft“ führte: in ihrem schwarzen, rot- und goldverzierten „Waffenrod“ und in ihrer rot-schwarzroten, mit einem goldenen Eichenzweig und goldenen Granen geschmückten Fahne. Die Gründer dieser Urburschenschaft, ehemalige Kiltowner Jäger, hatten diese Farben von ihrem Greifcorps übernommen, zunächst wohl, indem sie ihre Uniformen als Studenten auftrugen.

Bereits dieser wissenschaftlich gesicherte Stammesbaum zeigt: Schwarz-Rot-Gold entspringt einer Bewegung, die noch nach einem Jahrhundert als ein leuchtendes Beispiel tiefen vaterländischen Empfindens und sittlich-religiösen Einigungsstrebens gelten kann. Der Geist der Befreiungskriege und der Geist jener Studenten, die sich über die Schranken von 38 Staaten hinweg die Hände reichten, adelt diese Farben.

Die Burschenschaften haben dann an Einfluß verloren. Aber einen unmittelbaren Erfolg hatte die Bewegung: sie hatte die Farben, die man für die Deutschen hielt, populär gemacht. Trugen die Burschenschaftler schwarzrotgoldene Bänder, so steckte sich das Volk schwarzrotgoldene Kokarden an den Hut oder schwenkte schwarzrotgoldene Föhrnen. Allmählich empfand man auch bei den Regierungen die Notwendigkeit, für den Deutschen Bund ein nationales Symbol zu schaffen. So trafen populäre und gouvernementale Bestrebungen zusammen, als am 9. März 1848 die Bundesversammlung die Farben Schwarz-Rot-Gold für Bundesfarben erklärte.

Und nun wurde ganz Deutschland von schwarzrotgoldenen Fahnen, Schleißen und Kokarden überflutet. Wehten diese Farben erst auf den Barrikaden der Revolutionäre, so leuchteten sie nachher an den Taillen der Damen, an den Hüften der Honoratioren, über den Gebäuden der Regierungen. Und dann jenes Schauspiel vom 21. März 1848 in Berlin: Friedrich Wilhelm IV. erscheint auf dem Balkon des Schlosses und fordert die Menge auf, ihm die deutsche Fahne zu bringen. Man holt sie vom nächsten Haus. Dann öffnen sich die Tore, und es fest sich eine merkwürdige Kaskade in Bewegung. Voran die Hofsleute im Schmuck der deutschen Farben, dahinter ein Bürgerheer aus Fuß mit einer mächtigen Triflore, so dann der König in der Uniform des 1. Garderegiments mit breiter schwarzrotgoldener Urmbinde. Neben ihm, barhäuptig mit herabwallendem schwarzen Bart, ein bekannter Barrikadenheld, zum Schluß Minister, Generale, Bürgerrechtssprecher, sämtlich mit schwarzrotgoldenen Abzeichen. Und Schwarz-Rot-Gold auf dem Schloß, auf der Universitäts, von den Balkons herunter und bei den Studenten und Bürgern, die dem „König von Deutschland“ Wertschätzung bringen. Ähnlich dann auch in Wien. Am 2. April wird die schwarzrotgoldene Fahne auf dem Stephansdom aufgezogen. Kaiser Ferdinand zeigt sich mit ihm am Fenster der Hofburg, und die Polizeibehörden befehlen sich, „die sogenannten deutschen Fahnen“ anzuschaffen. In der Frankfurter Nationalversammlung legt der Marineauschuss einen Gesetzentwurf vor, der Schwarz-Rot-Gold als Farben für die Kriegsflagge und für die Handelsflagge bestimmt; am 13. November 1848 wird das Gesetz vom Reichsverweser verfaßt. Am weit Schwarz-Rot-Gold auf den Schiffen der deutschen Kriegsmarine.

Der Traum war kurz. Als die Flotte verstreut werden sollte, hat der Gesandte von Bismarck die schwarzrotgoldene Kriegsflagge davor bewahrt, als öffentliches Denkmal der deutschen Zwittertracht in der meistbietenden Kartäthenhändler verschachert zu werden; und im August 1852 wurde vom

Frankfurter Bundespalais die Stange mit der verwitterten schwarzrotgoldenen Fahne abgenommen.

Im Volke freilich gingen diese Farben nicht verloren. Zu Beginn der 60er Jahre tauchten sie wieder auf bei den Schützenvereinen, den Sängerbänden, den Turnerschaften.

Doch der Mann, in dessen Hände mit dem Schicksal der deutschen Einheitsbewegung auch das Schicksal der deutschen Nationalfahne gelegt wurde, gestaltete sein Werk nach anderen inneren Gesetzen. Bisher hatte deutscher Idealismus, vermischt mit dem Ressentiment eines um politische Macht kämpfenden Standes seine Sehnsuchtsstränge in die Wirklichkeit überführen wollen. Jetzt gehörte die Flaggenfrage als kleines Teilchen zu einer Politik, die in mühsamem Ringen mit den tausenden und aber tausenden Widerständen des täglichen Lebens nach Kompromissen zwischen Wollen und Müssen suchte, die schwunglos und nüchtern das Mögliche zu ergründen und das Notwendige zu tun bemüht war.

Im Dezember 1866, bei der Gründung des Norddeutschen Bundes, schrieb Bismarck in großen Bleistiftbuchstaben an den Rand des Verfassungsentwurfes die Worte: „Schwarz-Weiß-Rot“. Damit formulierte er den entscheidenden Satz: „Die Kauffahrtsschiffe sämtlicher Bundesstaaten führen dieselbe Flagge: Schwarz-Weiß-Rot...“

Bismarck verband die schwarzweißen Farben Preußens mit einem Rot. Es bestimmte ihn vornehmlich die Rücksicht auf die Hansestädte, die den Gedanken der Einheitsflagge energisch bekämpften. Sie fanden nun ihre rote Farbe in der Bundesflagge wieder. König Wilhelm aber konnte dargelegt werden, daß mit diesem Rot auch die alten brandenburgischen Farben vertreten würden; in einer Denkschrift des Prinzen Adalbert, dem der König befohlen hatte, eine Handelsflagge und eine Kriegsflagge zu entwerfen, läßt sich dieses Motiv feststellen. Prinz Adalbert ist es denn auch gewesen, der für die ursprünglich vorgesehene vertikale Anordnung der Farben die horizontale vorschlug, da sonst bei der Ähnlichkeit von Schwarz und Blau Verwechslungen mit der französischen Flagge vorkommen würden.

Seitdem hat Schwarz-Weiß-Rot den Norddeutschen Bund und das Deutsche Reich vertreten, als ein Symbol für die Erfüllung des nationalen Strebens, das unter Schwarz-Rot-Gold gescheitert war. Es hat in den deutschen Landen geweht, als in den Augusttagen von 1914 das deutsche Volk von jenem „feilschen Flammenwunder“ ergriffen war, das Richard Dehmel nach 1919 mit dem Pfingstwunder der ersten Christen gemeinde verglich und auch für die Friedenszeit wünschte. Es war in der Flagge enthalten, die im Kriege so manches deutschen Seemanns letzter Gedanke war: etwa jenes an der brasilianischen Küste angetriebenen Matrosen von der „Scharnhorst“, an dessen Leiche in einer Kartäthenbüchse geborgen eine deutsche Flagge gebunden war; oder jener Mannschaften der „Münberg“, die nach dem Bericht des englischen Admirals, an einer Stange die deutsche Kriegsflagge hochhaltend und das Gassenlind singend, in den Tod gingen.

Schwarz-Rot-Gold wieder grüßte als Banner der österreichischen Deutschen: es war die Kampffarbe in der Auseinandersetzung mit den anderen Nationalitäten, und es war das Zeichen der völkischen Verbundenheit mit den Reichsdeutschen. Man hat darüber im Reichsrat debattiert, man hat sich immer wieder im Ministerrate mit der Fahnenfrage beschäftigt; aber allen Verboten zum Trotz hielt das österreichische Deutschland zu den schwarz-rot-goldenen Farben.

So zeigt die Geschichte der beiden deutschen Farben, daß sie beide nationale Ehrengüter sind, die unsere höchste Achtung verdienen; auch was die Legitation der letzten Jahre ihnen angetan hat, kann ihre säkulare Ehre nicht verletzen. Sie mahnt uns zugleich, persönlichen Empfindungen und Überzeugungen, Parteigefühle und Parteinteressen der Idee und den Interessen des Staates zu opfern, des Staates wie er ist, und wie er uns braucht, und staatspolitisch sekundäre Streitigkeiten den großen nationalen Aufgaben unterzuordnen. Auch wer bedauert, daß die Weimarer Nationalversammlung auf die vorbismarckischen Farben zurückgriff, wird heute nach dem

Kompaß Bismarcks seinen Weg finden: in der Orientierung an der *salus publica*, im Geiste eines Wortes, das er 1870 Bemühungen um eine Änderung der Bundesflagge entgegenhielt: „Wir haben mehr zu tun, und wer über solche Fragen klagt, ist nicht reif.“ Und wer den Glauben hat, daß Erlebnis

der Völker, die an ihrem Innersten rührten, nicht spurlos vergehen, der wird die Hoffnung nicht aufgeben, daß es uns auch in Zukunft gelingen wird, die Geschlossenheit der Volkspersönlichkeit zu gewinnen, um die immer wieder kämpfen zu müssen das besondere Schicksal unserer Nation zu sein scheint.

Der Bericht des Reparationsagenten vom 1. Juli 1929.

Während die Öffentlichkeit noch unter dem Eindruck des in Paris ausgearbeiteten Young-Plans stand und sich bereits den Problemen der neuen Reparationskonferenz zuwandte, erschien jetzt etwas verspätet der „Zwischbericht“ des Reparationsagenten über die Zeit vom 1. September 1928 bis 31. Mai 1929, d. h. die ersten neun Monate des fünften Dawes-Jahres, das uns die volle Kasse der sogenannten Normalammität von 2500 Millionen RM. auferlegt.

Wie erinnerlich, hatten die politischen Schlussbetrachtungen der letzten Berichte, in denen die schleunige Endlösung des Reparationsproblems, und zwar in der Weise gefordert wurde, daß Deutschland vor eigene Verantwortung, ohne ausländische Kontrollen und ohne das bisherige System des Transferschufes gestellt würde, seinerzeit das größte Aufsehen erregt. Vorgegenwärtig man sich, daß der Agent bereits im Dezember 1927, zu einer Zeit, wo noch keiner der beteiligten amtlichen Kreise an derartige Verlautbarungen dachte, diese Forderungen aufstellte, so wird man wohl nicht in Abrede stellen können, daß durch seine Initiative die jetzige Entwicklung maßgebend beeinflusst worden ist. Es ist noch zu früh, ein Urteil über die Persönlichkeit des Agenten, dem jedenfalls die äußeren Ereignisse bisher in vielem Recht gegeben haben, zu fällen, zumal da die Annahme oder Ablehnung des Young-Planes noch ungewiss ist.

Der jetzige Bericht unterscheidet sich wesentlich von dem letzten. Dieser war in Deutschland und im Ausland vielfach als Stimmungsmaße für die Endlösung des Reparationsproblems aufgefaßt worden; in Deutschland namentlich hatte man eine zurückhaltende Beurteilung der deutschen Leistungsfähigkeit erwartet. Der vorliegende Bericht ist neutraler gehalten. Soweit es sich um die großen reparationspolitischen Fragen der nächsten Zukunft handelt, ist er zurückhaltend. In der Kritik der öffentlichen Finanzgebarung bleibt der Agent zwar seiner früheren Haltung treu. Sensationelle Kritiken, von denen die Presse zu berichten wußte, sind indessen ausgeblieben. Der Grundton des Berichts ist hinsichtlich der deutschen Leistungsfähigkeit weiter zuversichtlich.

Wenn der Bericht im Hinblick auf die neuere Entwicklung des Reparationsproblems wieder ersichtlich ausführlich erscheint, so wird man dies wohl hauptsächlich dadurch erklären können, daß der neuen Instanz, die sich nach dem Young-Plan mit den Reparationszahlungen befassen soll, der Bank für internationalen Zahlungsausgleich, die Möglichkeit geboten werden soll, die Entwicklung der deutschen Wirtschaft unter dem Gesichtspunkt der Reparationszahlungen lückenlos zu übersehen.

Der Agent geht auf den Young-Plan nur vereinzelt ein. Mit Ausnahme der später erörterten Fähigkeit Deutschlands, die erforderlichen Reparationszahlungen aufzubringen, enthält er sich völlig einer Stellungnahme hinsichtlich der Durchführbarkeit dieses Plans.

Während der Agent sich wie früher hinsichtlich der Politik des Transfers-Komitees ausweichend, nimmt er um so eingehender zu der im Zusammenhang mit der Aufbringung der Reparationszahlungen stehenden Politik des Reiches und der sonstigen öffentlichen Stellen Stellung. Bei der Betrachtung der Einnahmenseite des Reichs unterscheidet er die große Ertragsfähigkeit der Einnahmen und meint, daß diese auf Grund der Erfahrungen der letzten Spannungsperiode trotz weitgehender Steuerermäßigungen die erforderliche Grundlage zu einer befriedigenden Fortentwicklung der allgemeinen Haushaltslage und die wesentliche Vorbedingung für das Haushaltsgleichgewicht abgeben und daß bei wirksamer Anwendung der üblichen Grundsätze der öffentlichen Finanzgebarung und einer wirksamen Ausgabefontrolle künftige Etatsschwierigkeiten überwunden werden können.

Die Ausgabeseite des Reichssetzts veranlaßt den Agenten wiederum zu eingehender kritischer Untersuchung. Er schildert dort einmal ausführlich die Entwicklung der Ausgaben seit der Stabilisierung und zählt dabei die großen Ausgabengruppen auf, welche das Reich in den fünf Haushaltsjahren in den Haushalt gestellt hat. Er erinnert an die Zuschüsse für die Invalidenversicherung, die Anleiheablösung, die Verbesserung der Beamtengehälter und Pensionen, die Übernahme der Zuschußpflicht gegenüber der Reichsanleihe für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung, das Kriegsschadensschußgeld sowie an die Ausgaben für Investitionen des Reichs, Darlehen, Unterfütungen, Wohnungsbau, Kanalarwirtschaft und Kanäle. Der Agent hütet sich vor einer Kritik der Zweckbestimmung dieser einzelnen Bewilligungen. Dagegen kritisiert er die Steigerung des Gesamtsollommens der Ausgaben und unterstreicht namentlich seine frühere Kritik an dem Programm der außerordentlichen Ausgaben, das seinerzeit lediglich auf Grund einer Anleiheermächtigung ohne reale Deckung bewilligt worden sei; nach der Reichsanleihe von Februar 1927 habe man es an wirksamen Schritten für die Verringerung des wachsenden Defizits des außerordentlichen Haushalts fehlen lassen.

Der Agent benutzt auch die Gelegenheit, noch einmal den jetzigen Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden zu beanstanden. Er weist darauf hin, daß in dem Haushaltsjahr 1928/29 Länder und Gemeinden ein Überweisungsmehr von 204 Mill. erhalten hätten, obwohl die Steuereinnahmen des Reichs die endgültigen Sollziffern nur um 162 Mill. überstiegen hätten; zum ersten Male seit der Stabilisierung seien die Nettoeinnahmen des Reichs unter den Sollziffern geblieben. Die Ergebnisse dieses Jahres bewiesen schlagend die Reformbedürfnisse des Finanzausgleichs vom Standpunkte des Reiches aus. Der Agent ist auch der Meinung, daß die Reform im Interesse der Länder und Gemeinden liege, denn die „unvorhergesehenen Glidtsfälle“ (höhere Einnahmen gegenüber den Anschlüssen) führten zu erhöhten Ausgabeprogrammen und zur Aufstellung von Defizitstats.

Die Kritik des Agenten an der öffentlichen Finanz- und Ausgabegebarung hat ohne Zweifel einen berechtigten Kern. Aber soweit es sich um die Beachtung vernünftiger Grundsätze für diese Gebarung handelt, sind in Deutschland selbst alle verantwortlichen Stellen sich schon seit längerem einig. Indessen sind manche Reformen auf diesem Gebiet schlechterdings schon deshalb aufgegeben worden, weil — worauf der Agent auch früher hinwies — das ungelöste Reparationsproblem fördernd dazwischenkam. Hinzu kam, daß die Ausgaben ständig in einem Tempo und einer Zugschwindigkeit wuchsen, die den Aufbau des Reformwerkes fast illusorisch machten. Die Zugschwindigkeit der öffentlichen Ausgaben des Reichs nach der Stabilisierung findet bei dem Agenten wenig Verständnis. Und doch liegt für jeden Kenner der deutschen Verhältnisse auf der Hand, wie sehr infolge der Kriegserfolge, der Zerstörung der Währung, des Kapitals, des Mittelstandes und der verarmten Ertragsbasis Deutschlands überhaupt öffentliche Mittel für Zwecke der mannigfachen Art erforderlich waren, um diese Nachteile wenigstens im größten Teil lindern und Schlimmeres als die übermäßige Beanspruchung der Steuerkraft zu verhüten, im Gegensatz zu anderen Ländern, wo derartige Ausgaben entweder nicht vorhanden oder die Mittel der Bevolkerung, ihnen gerecht zu werden, mehr oder weniger unangefast geblieben sind. Wenn auch heute die Forderung nach Ersparnissen unbefristet ist, um die Produktionskraft der Wirtschaft zu heben und den Kapitalaufbau zu fördern, so ist es doch nicht anständig, über der Ausgabewirtschaft der Aufbaujahre schlechthin den Stab zu brechen und sie lediglich mit allgemeinen

Begründungen zu verurteilen. Die Aufgaben, die das Finanz- und Wirtschaftsprogramm der nächsten Zukunft erfordert, sind von unübersehbarer Schwierigkeit; aber, wenn der geschlossene Wille aller maßgebenden Kreise dahinter steht, muß es Deutschland gelingen, sein Haus allein in Ordnung zu bringen. Ob es möglich sein wird, diese Ordnung aufrechtzuerhalten, hängt von der im Gegensatz zu der Auffassung des Agenten noch nicht bewiesenen Frage ab, ob die Reparationszahlungen ohne Beeinträchtigung der Lebensnotwendigkeiten Deutschlands auf die Dauer aufgebracht werden können.

Die Lage des deutschen Kredits und der Währung hat nach dem Agenten unter Einflüssen ungewöhnlicher Art, nämlich des beispiellos strengen Winters, der angespannten Kassenlage des Reichs, der hohen Geldsätze in Amerika und des Schwebeszustands des auf der Pariser Konferenz behandelten Reparationsproblems gestanden. Der Agent vergleicht die Entwicklung der europäischen Diskontsätze während dieser Periode und stellt, anknüpfend mit einem gewissen Vorwurf, fest, daß die Reichsbank sich als letzte zu einer Diskonterhöhung als Abwehrmaßnahme gegen die nach den Vereinigten Staaten zurückfließenden Gold- und Devisenbestände entschloß. Die unglückliche Entwicklung der Valuta- und Kreditverhältnisse im späteren Frühjahr des Jahres 1929 sind aber nach seiner Meinung auch noch durch besondere Kräfte beeinflusst worden, nämlich durch „Konjunkturierung derjenigen Einflüsse, die sich bereits seit dem vorigen September anlässlich der Genfer Vereinbarung der sechs Mächte über die Regelung des Reparationsproblems in Deutschland geltend gemacht hätten“. Der Agent meint, die öffentlichen Erörterungen im Zusammenhang mit der Sachverständigenkonferenz hätten in Deutschland Nervosität bezüglich der Gestaltung der Zukunft entstehen lassen. Die Denksätze Deutschlands sei infolge der beträchtlichen Auslandsschulden und der im Ausland zirkulierenden deutschen Wechsel besonders empfindlich gewesen. Ausländische Banken hätten zur Ablosung ihrer Einlagen, deutsche Kreise zur Umwandlung von Reichsmark in Valuta und ähnlichen spekulativen Maßnahmen geneigt. Mitte Mai sei dann der Wendepunkt eingetreten, als man nämlich bemerkte, daß eine Einigung in der Reparationsfrage bevorstehe.

Diese Änderungen des Agenten sind nicht ganz klar. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die spekulativen Mäandere gegen die deutsche Mark weniger in Deutschland als vielmehr

im Ausland eingeleitet und durchgeführt wurden. Es wäre zu wünschen gewesen, daß der Agent dies ausdrücklich festgestellt hätte. Auch vermißt man Rechenschaft über die Überlegungen, die das Transferkomitee während dieser Zeit angestellt hat. Tatsächlich sind die Transfers einschließlich der reinen Denksätze in fast unermindertem Maße weiter vor sich gegangen, und es fragt sich, ob nicht ein aktiveres Eingreifen des Transferkomitees die von dem Agenten geschilderte Lage zu bessern imstande gewesen wäre. Der Agent schließt sich im übrigen der Feststellung des Bankkommissars an, wonach die Reichsbank durch die Art und Weise, wie sie die Devisenproben im Frühjahr dieses Jahres durchgeführt habe, eine Bürgschaft mehr für die unbedingte Wertbeständigkeit des deutschen Zahlungsmittels geliefert hätte.

Auf das problematische Kapitel der Zahlungsbilanz geht der Agent diesmal nicht ein. Dagegen äußert er sich zu der Entwicklung der Handelsbilanz weiter zuversichtlich. Er stellt, allerdings im Gegensatz zu früheren Äußerungen fest, daß mit einer nachhaltigen Herabsetzung der deutschen Einfuhr kaum zu rechnen sei, meint aber, daß angesichts der stabilen Einfuhr während der letzten sieben Monate und der sich weiter in aufsteigender Linie bewegenden Entwicklung der Ausfuhr die Verbesserung des Defizits der Handelsbilanz vielleicht „das bedeutsamste Moment“ in der Entwicklung des deutschen Handels darstelle.

Die Besserung unserer Handelsbilanz ist noch zu geringfügig, um einen Vergleich mit den Reparationszahlungen, die ihrem Wesen nach nur aus deutschen Arbeitsüberschüssen geleistet werden können, zu gestatten. Daß das Reparationsproblem nicht durch fortgesetztes Zögern vom Auslandsgeld lösbar ist, haben auch die Sachverständigen der Gläubigerländer eingesehen und wird auch dem Agenten klar sein. Die Sachverständigen haben konsequenterweise Worte gefunden, die sich gegen einseitige wirtschaftliche Diskriminierungen richten und einen Appell an den guten Willen und das gegenseitige Vertrauen enthalten, ohne die alle Garantien und Vereinbarungen nutzlos seien. Der Agent, der früher einmal den Anlauf zu einem ähnlichen Appell nahm, schweigt leider zu diesem Kardinalproblem der Reparationsfrage. Deutschland kann die ihm gestellte Aufgabe nicht ohne Mitwirkung des Auslandes durchführen. Und es dürfte im eigenen Interesse der Länder, die es zu Zahlungen verpflichtet, liegen, wenn sie diese Durchführung nicht an Umständen scheitern lassen, die sie vorwiegend selbst zu vertreten hätten.

Zur Zeitgeschichte

Die parlamentarische Lage in Frankreich.

Es schien alles gut zu gehen. Der Young-Plan wurde, wenn auch nach schwierigen Kämpfen, angenommen. Dann veränderte Briand der Welt mit parlamentarischen den Willen Frankreichs, den Krieg zu liquidieren und im entscheidenden Augenblick wurde Poincaré krank. Er galt ja von jeher als außerordentlich Gegner. Wurde diese weiterbreitete Einschätzung Poincarés nicht noch durch die Bedenken und Einwände gestärkt, die er und seine Presse noch kürzlich gegen den Young-Plan erhoben? Briand dagegen erließ eine Kamdebung über Frankreichs paneuropäische Hülsehung. Aber — war das mehr als schöne Musik? Sie war (substanlos, und noch substantieller war die Regierungserklärung, die er nach dem Sturze Poincarés als neuerbunter Ministerpräsident verlas.

Ein Blick auf die Pariser Presse und die Situation im französischen Parlament erklärt den Grund. Seit Wochen entfaltet der einige Dutzend umfassende reaktionäre Citypressen einen erbitterten Kampf gegen Deutschland und den Frieden, wie wir ihn wünschen. Nicht nur unserm Reichsfreund, nicht nur unserm Außenminister werden täglich bössartige Wärschen untergeschoben, sondern auch die französischen Staatsminister Briand und Poincaré, die sich für die Verständigungspolitik zwischen Deutschland und Frankreich einsetzen, werden als Verräter am Interesse ihres Landes gebrandmarkt.

Im Parlament entspricht dieser Presse als zweitstärkste Fraktion mit 101 Stimmen die Marinogruppe. Auf ihrem Parteitag in Rouen beschloß sie kürzlich, daß die Aufrechterhaltung der Rheinlandbefestigung als Garantie für den Frieden und die Einhaltung der Verträge unerlässlich sei.

Ihre stehen auf der Linken in der gleichen Stärke die Sozialisten mit ihrem tapferen Führer Leon Blum gegenüber. Sie haben auf ihrem letzten Parteitag mit derselben Entschlossenheit die sofortige bedingungslose Räumung gefordert. Mit großer Energie verdrängen sie jetzt Briand zu dieser Auffassung zu bekehren. Leider haben sie nur wenige Zeitungen mit geringer Auflage.

Zwischen diesen beiden Parteien liegen die Radikalsocialisten (Herriot-Daladier), mit 121 Abgeordneten die größte Partei, ferner die Sozialrepublikaner: Richtung Chatain (12 Abgeordnete), Richtung Briand-Poincaré (18 Abgeordnete) und die Fraktion Rouquier (32 Abgeordnete). Diese Parteien, die die größten Partei Zeitungen beeinflussen, werden den Ausschlag geben. Keine von ihnen hat einen eindeutigen Standpunkt. Aber alle sind verhandlungsbereit und unter verschiedenen, teils härteren, teils milderen Bedingungen für die Rheinlandräumung.

Aus dieser rechnerischen Zusammenstellung ergibt sich die sehr schwierige und undurchsichtige Lage der parlamentarischen Situation. Wenn Briand nicht schon vor der Konferenz im Haag in der gemäßigten Atmosphäre des Parlaments den offenen Kampf entzünden wollte, so mußte er eine farblose Regierungserklärung abgeben; sonst hätte er niemals die erwünschte Mehrheit gefunden.

Aber — ob er so lazierte, um ruhiger nachdenken zu können über die Antwort auf die Frage: „Wie sage ich es meinen widerwilligen Kindern?“ oder ob er die Absicht hat, im Haag weiterzuverharren, um mit überwiegender Rechtsmoralität Ministerpräsident bleiben zu können — das läßt sich heute nicht entscheiden. Doch muß ich zeigen, ob der in letzter Zeit dauernd zurückweichende Briand den Mut zu tatkräftigen Entscheidungen im völkerverständlichen Sinne wiederfindet, und erst dann werden wir wissen, ob der dem Schicksal erzwungene Rücktritt Poincarés für uns und für die Befriedung Europas und der Welt ein Vorteil war. Otto Grautoff.

Der russisch-chinesische Konflikt.

Im Fernen Osten ist es Mitte Juli zu einem ersten Konflikt zwischen Rußland und China gekommen. Veranlassung hierzu gab das chinesische Vorgehen gegen die russische Stellung an der ostchinesischen Eisenbahn, die Verletzung und Ausweisung des russischen Direktors und sämtlicher russischen Beamten dieser Bahn.

Die ostchinesische Eisenbahn ist im Jahre 1896 von Rußland gebaut worden. Sie verläuft in eine Hauptlinie und in eine Zweiglinie. Die erstere hat eine Länge von 1727 Kilometer. Sie führt von der russisch-chinesischen Grenze bei Mandchuria über Chardin durch die Nordmandschurei in das Küstengebiet von Wladiwostok. Die letztere verbindet Chardin mit der südmandschurischen Eisenbahn, die sich seit dem russisch-japanischen Kriege in japanischen Besitz befindet. Sie hat eine Länge von rund 475 Kilometer. Der Gesamtwert beider Bahnen wird auf 400 Mill. Goldrubel veranschlagt. Sie stellen nicht nur die kürzeste Verbindung zwischen Westeuropa und dem Fernen Osten dar, sondern sind zugleich von entscheidender Bedeutung für die Aufrechterhaltung der russischen Machtstellung in Ostasien. Ihre Verwaltung ist durch einen Vertrag geregelt, den die Sowjetregierung am 31. Mai 1924 mit der damaligen chinesischen Zentralregierung in Peking geschlossen hat. Gemäß diesem Vertrage, dem im September 1924 noch ein analoges Abkommen mit der Regierung der drei mandchurischen Provinzen in Mukden folgte, wurde die ostchinesische Eisenbahn zu einem rein kaufmännischen Unternehmen gemacht, das von Rußland und China gemeinsam verwaltet werden sollte. Alle richterlichen und militärischen Befugnisse wurden von den Russen an China abgetreten. Dafür aber sollte der Vorbehalt der Bahn zu gleichen Teilen aus Russen und Chinesen bestehen und der Generaldirektor ein Russe sein. Im übrigen sollte China berechtigt sein, die Bahn nach der Ablauf der abgelaufenen Verträge zurückzukaufen.

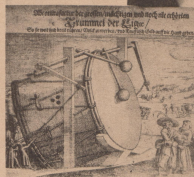
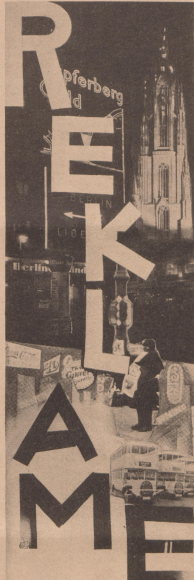
Das chinesische Vorgehen gegen die russischen Beamten wurde von Rußland deshalb als Bruch des Vertrages vom Mai 1924 angesehen, chinesischerseits jedoch damit begründet, daß Rußland sich nicht mit der wirtschaftlichen Ausnutzung der Bahn begnügt, sondern an dieser auch politische Einwirkungen zum Zwecke kommunistischer Propaganda getroffen habe. Ob und wie weit dies stimmt oder ob für das chinesische Vorgehen noch andere Gründe maßgebend gewesen sind, möge dahingestellt bleiben. Die Sowjetregierung forderte jedenfalls in einem dreitägigen Ultimatum die Wiederherstellung des früheren Zustandes und brach, als China dies ablehnte, die diplomatischen Beziehungen zu China ab. Damit war die Gefahr eines russisch-chinesischen Krieges in der Nordmandschurei gegeben. Diese Gefahr kann heute wohl als beseitigt angesehen werden. China ist Mitglied des Völkerbundes. Beide Mächte haben außerdem den Kelloggpaß unterzeichnet, der in diesen Tagen gerade in Kraft getreten ist. Die Tatsache und die Erkenntnis, daß ein Krieg in der Nordmandschurei für beide Länder außerordentlich schwierig sein würde, genügt zusammen mit der japanischen Erklärung, fernerliche Verwicklungen in der Man-

dschurei nicht zulassen zu können, um sowohl Rußland als auch China vor dem äußeren jurisdiktorischen Konflikt zu bewahren.

Der russisch-chinesische Konflikt ist damit aus das Geleis eines friedlichen Ausgleichs beider Länder geschoben. Welcher Art dieser Ausgleich sein wird, steht allerdings noch nicht fest. Hierüber schreiben zur Zeit noch Verhandlungen, die vor kurzem zwischen russischen und chinesischen Vertretern in Chardin begonnen haben sollen.

Weitkreislamekongreß in Berlin.

Als 1924 der erste außereuropäische Weitkreislame-Kongreß in London tagte, wurde er durch den englischen Kronprinzen feierlich eröffnet. Die britische Regierung wußte sehr wohl, wie wichtig ungeheure Wichtigkeit einem solchen Kongreß, der alle Werbefachmänner der Welt vereinigt, beizumessen ist. Als fünf Jahre später der zweite außereuropäische Weitkreislamekongreß anzuheben war, zeigte ein Verteilen aller Nationen ein jedes Land wollte den Vorteil genießen, diesen Kongreß in seiner Hauptstadt abzuwickeln. Paris, Rom, Madrid, Budapest, Warschau und Brüssel, mögen mit dem Angebot ihrer ganzen Lebenswürdigkeit versucht haben, die amerikanische Kongreßleitung von der Bedeutung gerade ihrer Hauptstadt zu überzeugen. Inzwischen war aber Deutschland keineswegs untätig gewesen. Mit starker Unterstützung des Auswärtigen Amtes und der großen Wirtschaftsorganisationen ist es den deutschen Reichs- und Provinzialverbänden gelungen, die Kongreßleitung bei der Tagung in Detroit zu überzeugen, daß Berlin unter allen Städten Europas die geeignetste sei, einen Kongreß von diesem Format reibungslos abzuwickeln. Die Wahl fiel also auf die Reichshauptstadt, und wir können mit dankbarer Genugtuung feststellen, daß Deutschland dadurch wieder an die Spitze der europäischen Kongreßländer gerückt ist. Der Welt-Weitkreislamekongreß, der vom 11. bis 13. August in Berlin tagt, ist die größte internationale wirtschaftspolitische Tagung, die Deutschland je erlebt hat. 3000 Teilnehmer aus aller Herren Länder werden in Berlin erwartet. Seit langen Monaten waren umfassende Vorbereitungen im Gange, und man kann behaupten, daß Berlin gerüstet ist, die Kongreßteilnehmer zu empfangen. Eine Reihe von Ausschüssen unter Leitung von Reichskanzler a. D. Dr. Luther und Reichsminister a. D. Dr. Krone haben an der Vorbereitung des Welt-Weitkreislamekongresses gearbeitet. Die feierliche Eröffnung wird am Abend des 11. August im Fünfhause stattfinden. Es handelt sich diesmal um einen Jubiläumskongreß, da die „International Advertising Association“ am 11. August 1929 auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken kann. Die Reichsregierung wird am 11. August, abends 6 Uhr, die aus allen Ländern herbeigekommenen Kongreßteilnehmer in der Fünfhalle empfangen. Reichspräsident von Hindenburg wird den Kongreß durch Verlesung einer Botschaft begrüßen lassen. Reichsaußenminister Dr. Stresemann hält im Namen der Reichsregierung die Begrüßungssprache, worauf verschiedene Reden der Amerikaner und des Kontinentalen Weitkreislameverbandes folgen werden. Oberbürgermeister Böhm wird den Kongreß im Namen der Reichshauptstadt begrüßen und seine Teilnehmer empfangen. Nach dem Er-



öffnungsfeierlichkeiten werden die Kongreßteilnehmer Gäste der Reichsregierung sein. Die Plenarsitzungen beginnen am 12. August in den Räumen des Wintergartens. Deutsche Staatsmänner und führende Wirtschaftler werden zugegen sein. Die Senatoren Borah und Capper sowie der französische Autokrat Citroën werden das Wort ergreifen. Der Kongreß hat eine unübersehbare Fülle von Reflektoren-Problemen zu lösen. Insbesondere wird über die „Normalisierung in der Reflektoren“, die „Zirkulation in der Reflektoren“, der „Planität in der Reflektoren“ und über Marktanalysen, Kladlosteine, Schaffung einer Reflektoren-Union, Zentralität in der Reflektoren-Europa und über die Bedeutung der Presse als Träger der Reflektoren gesprochen werden. Das Motto dieses Jubiläumskongresses lautet: „Reflektoren, der Schlüssel zum Wohlstand der Welt!“ Nach dem Kongreß werden die Teilnehmer Reisen durch ganz Deutschland

(Die Chronik des Verfalls des Vertrages mußte in dieser Nummer wegen Raummangels fortfallen. Sie wird in der nächsten Nummer fortgesetzt.)

Drei deutsche Dichter.

Ricarda Huch.

Von Dr. Kuno Mittenzwey.

Das Werk dieser außerordentlichen Frau ist recht ein Beleg dafür, wie wenig es mit dem Zeit so verbundenen Geiste der Generation — wonach dem Schaffen eines hohen großen Menschen die Grenzen gesetzt sein sollen durch die Generation, der er angehört — in Wirklichkeit auf sich hat. Wie viel von dem, was die Generation geschrieben hat, die mit Ricarda Huch gleichzeitig auf den Plan trat (sie ist am 18. Juli 1864 in Braunschweig geboren), erscheint uns heute verblühen, mit dem todringenden Mal der „Vorgeschichte“ bezeichnet. Das Werk der Ricarda Huch zeigt auch nicht das geringste von irgendwelchen Alterszeichen. Das ist wahrscheinlich die Folge davon, daß sie sich niemals ferner als in der „Zeit“ im Tagesfinne gekümmert hat. Sie ist niemals dem Sinn der Zeit nachgegangen, hat niemals Dichtungsliteratur geliefert, wie sie heute von gewissen Literaturkritikern gefordert wird.



Ricarda Huch

Sie stand stets über der Zeit, die Gestalten ihrer Dichtungen waren bereits bei Erscheinen in gewissem Sinne unzeitgemäß, wurzeln mit einem Fuß, wenn nicht mit beiden, in der Vergangenheit und wuchsen gerade darum mehr von wirklichem Menschen, als die „Genialitäten“ manches gleichzeitigen Schriftstellers, der aus der Fälschung des Tages heraus komponierte. Die Zeit, da „Eduard Lessing“ erschien (1895) war von ihrer Fortschrittlichkeit überzeugt wie nur eine; wie selbstsam schwermütig flangen bereits damals solche Sätze: „Ich sah einmal, daß es nichts und gar nichts gibt, was im Leben einen festen Stand hat. Das Leben ist ein grundloses Meer; es hat wohl auch ein Ufer und geschützten Hafen, aber lebend gelangt man nicht dahin.“ Das ist aber auch nicht die blaue Blume der damals modischen Zeoromantik (etwa im Sinne Hofmannsthal). Wohl schrieb diese Frau die lesbarsten Bücher über das Zeitalter der Romantik; aber bei allem lebensdienlichen Verstand in die Vergangenheit bezieht sie jenen geradezu männlichen Wirklichkeitsinn, der sie befähigte, den Roman des großen Krieges zu schreiben. Die Vergangenheit war ihr stets eine Dimension mehr, um dem Leben Ufern und Herkunft und damit überhaupt erst den eigentlichen Sinn zu geben; niemals aber wurde ihr die Vergangenheit zum Refugium, zum Traumland, in das man aus der ungesunden Wirklichkeit flieht. Hier ist das sichere Kriterium gegeben, wie sie von der Romantik (shebet, deren Sinn sie uns besser und inhaltsreicher als mancher Literaturhistoriker erschloß).

Woll man die tiefste Lösung haben, warum diese Frau über alle gleichzeitig Schreibenden ihrer Generation — Männer wie Frauen — so hoch emporragt, so stellt sich kein anderes Wort ein als das Wort „bedeutend“. Diese Frau ist einfach unerbittelt bedeutend, an Kraft des Wortes wie an Schau der Gesichte. Es ist gewiß kein Ausbruch männlichen Hochmut, wenn wir sagen, daß man bei den weitaus meisten ihrer Werke verliert, daß sie von einer Frau geschrieben sind. Sie ist auf jener Höhe, wo der Geist sich nicht, wie die Begabung durch die Stofflichkeit und Fleißhaftigkeit seines Trägers, die nun einmal im weiblichen Werk sich deutlich meldet als im männlichen, nicht mehr sichtbar ist. Dabei ist

machen und die Städte Dresden, Leipzig, Nürnberg, Rothenburg, Augsburg, München, Stuttgart, Heidelberg, Mainz, Koblenz und Köln besuchen. Die politischen Folgen dieses Besuchs der Werbefeldmärsche der Welt werden für ganz Deutschland von entscheidender Bedeutung sein. Darum hat sich auch die ganze Reichsregierung mit allen Kräften in den Dienst des Kongresses gestellt. Lieben dem Kongreß wird Berlin die große „Welt-Reflektoren“ in seinen Mauern beherbergen. Diese gewaltige Werbefeldmärsche dauern vom 10. August bis 6. September und wird alles zeigen was auf dem Gebiete der Welt-Reflektoren, mit seinen zahllosen Unterabteilungen, im Jahre 1929 möglich ist. Eifrigstes und zukünftiges wird in den Hallen am Kaiserdom die Massen anziehen und jeden Besucher ein Gefühl von der Weite und der Reflektoren und ihren wirtschaftlichen und kulturellen Folgen vor Augen führen.

diese Frau niemals und nicht im geringsten ein Blaustrumpf; sie, die die glühendsten Liebesgedichte schrieb, denkt an nichts weniger, als von sich aus Mann zu sein. Ihr Euthedon, dasjenige von allem Konfessionalismus steht, sagt Euthedon vor allem von seiner Mäandrität her und bringt uns diese deutlicher nahe, als dies je einem Manne gelangen ist.

So gelangt man zu Ricarda Huch zu der banalen Feststellung, daß für den außerordentlichen Menschen alle typischen Gesetze nicht gelten, weil er die Ausnahme ist. Die Bedingungen der Generation, des Geschlechtes, sie machen halt vor dieser Frau, die zu messen man zu den großen Gehalten der Geschichte — der ihr oft vorzuziehen, drohte zum Beispiel — emporsteigen muß, um ein zutragliches Maß zu finden.

Der Tod Hugo von Hofmannsthal.

Von Arthur Closser.

Die Tragödie Hugo von Hofmannsthal ist nicht nur die eines Menschen, eines Dichters, es ist auch die einer Zeit, eines Volkes und vor allem einer bestimmten sozialen Schicht; Hofmannsthal fiel als eines der letzten Opfer des Krieges, seiner materiellen und seiner seelischen Folgen. Der Dichter wurde am 1. Februar 1874



Hofmannsthal

in Wien geboren; wie D'Annunzio, trat er schon mit siebzehn Jahren als erfolgreicher Schriftsteller auf, und da ihm als Gymnasialist das Persönliche noch nicht anstand, mußte dieser Page der Dichtkunst seine ersten Versuche unter mehreren romantischen Pseudonymen veröffentlichen. Sein Vater, von jüdischer Abstammung, gehörte zum Finanzadel, seine Mutter war aus einer alten katholischen Familie herbeigekommen. Diese Dilettanten der Herkunft war Bewunderungswort. Der Dichter wuchs an der Tiefe, aus dem Alter österreichischen Lebens, das ihm in allen Aufzügen verehrungswürdig blieb. Sein Vaterland war ihm das alte edle Deutschland, das noch aus dem Saft seiner volkstümlichen Wurzeln lebte. Der Adel gehörte zum Volk, das Volk, zum Kleinbürger zum Aufwuchs, gehörte zum Adel in seine höchst individuellen, formlosen, dem Ästhetischen zugewandten Erscheinung. Auf diesem Altar lag der Glanz des Barock, der ihm vom Kaiserthum verliehen worden war. Die andere Erbschaft machte ihn zum Intellektuellen, von einer grenzenlosen vielseitigen Bildung, die sich auf jede Art von Genuß verband, die sich die verbotenen Schönheiten aller Zeiten in Erinnerungen, Wunschträumen, nachschaffendem Kunstverlangen zurückführte. Sein Dichten war ein unzerlegliches Genießen; sein Vaterland war auch Florenz, Venedig, dahinter die Antike, der dem Mittelmeer noch nahe Orient; er wollte jene Götter herbei lassen, er glaubte an alle, die den Menschen einmal freundlich, die schön und traurig gewesen waren.

Hofmannsthal war zu einem sorglosen Leben bestimmt und mußte es sein; seine Dichtung war ein Bestreben gegen die Kollektiven und Seltenheiten, die ihre Vergänglichkeiten noch schöner gemacht hatte. Seine Jugendgedichte sind wie in einem edlen Park empfangen, zwischen antiken Ruinen, in einer römischen Villa, in

Einem Nostalgischen, auf einer penitentiellen Gondel mit schön gezeichnetem Schmel und der Zier aller Wappen, Der Tod war sein Hügel, nahm ihn an Hand und belebte ihn als ein weiser Freund, der den Dingen die schönen Namen gibt. Er war die Zeit der Gedanken, die Feier der im Sterben verflöhrte, die Zeit der Gedanken, Europa, das Frieden und Reichtum, es genöht sich selbst im Alter, seiner Kultur, die tollend schien. Dieses konnte Hofmannsthal seinen Erben nicht vermachen; Erbe sein war für ihn eine alte Verpflichtung und heilige Aufgabe. Seine Söhne mußten unromantisch, praktisch, mußten amerikanisch werden, nachdem er sich selbst der Not der Zeit vornehm und ohne Klage gefügt hatte. Dem einen gelang die Wandlung nicht, er behielt seine Entmutigung, seine Enttäuung an sich selbst mit dem Leben. Der Dichter und Vater, schon seit einigen Jahren lebend, fielen unter diesem Schlag, fast so schnell, daß er noch mit dem Sohn be- statt werden konnte. Das ist die Tragödie eines aristokratischen Bürgerkrieger, einer Schlacht von hochgeädelter Kultur, und zugleich die Allotterheide, das um eine tolle Dergangenheit trauernd und im Materielem noch nicht wieder stark genug geworden ist, um auch bei vermindernden Ansprüchen aus sich selbst erheben zu können.

Hofmannsthal gehörte ursprünglich zu dem Stefan-Georg-Kreis, zu der Bewegung der „Kunst für die Kunst“, die den norddeutschen Naturalismus und Kriticismus mit ihrer mehr fideischen und ans Romantische grenzenden Gesinnung der reinen Kunstform aufseht. Seine weltliche Begabung war lyrisch wie die des ganzen Kreises, und die Jugend selbst war bei ihm ein Zustand der Genialität. Kaum ein Dichter hat in jungen Jahren einen so vollen und noblen gesondten Fortschritt getragen. Auch die Dramen seiner Jugend waren lyrisch, sie sprachen auf der Bühne nicht laut genug und waren nicht als Hofmannsthal, sondern als Goethe, gerade als sein feinst Dramatiker aus erster Hand war. Von alten Dramen „Hermann“ und „Sophocles und Calderon“; er wurde Gedächtnis von Richard Strauß und sein unentbehrlicher Helfer. Sein formvolles Denken hinterließ uns auch sehr schöne Professorenreden, höchst unmutige Tuganduren einer schwebenden deutschen Prosa. Aber der eigentliche, verschwenderisch begabte Dichter ist wohl ganz mit seiner Jugend dahinzufliegen.

Johanna Ambrosius 75 Jahre alt!

Don Maia Barthels, Danzig-Ohio

Johanna Maria Profius wurde am 2. August 1854 zu Leutenau, einem kleinen Kirchdorf im Kreise Rognitz, Oppulren, als zweites Kind eines armen Handwerbers geboren. Mit großen Schmerzen befuhr sie die einfache Dorfschule. Bald aber padte sie das Leben hart an. Sie mußte mithelfen in Haus und Hof der Mutter, mußte schneien und arbeiten, während die Eltern sich eine kleine Pflanzung an Obstbäumen, Gärten, Gärten und Beständen und heiratete im Alter von 20 Jahren einen Bauernsohn namens Voigt, mit dem sie auf einem kleinen eigenen Grundstück in Groß-Wersmungen im Kreise Pilsniten in den bescheidensten Verhältnissen lebte. Sie selber erzählt uns in folgendem Gedicht von ihrem Leben, von ihrer Welt, in der sie trotz Armut und Schwermut, in ihren Tagen in stiller Einsamkeit und in Treue der Liebe verlebte.

Meine Welt.

Ein warmes Strohdach, kleine Fensterlein,
umspannen Iled von lustig grünem Wein;
ein Wiesenplan, mit Blumen übersät,
ein schmaler Pfad zum Ahrenfelde geht.
Das kleine Feld vom Tannenwald umsäumt,
darin es sich so murrend selig träumt. —

Der Vogel bunte Schar das Herz erfreut,
der stille Friedhof ein paar Schritte weit,
ein Blick ins blaue schöne Himmelszelt —
wie klein und ärmlich ist doch meine Welt!

Nicht weide ich der Reichen Purpurfaß
mit Marmoraltären, goldenem Pokal,
der stolzen Thürme herrlich Glodenspiel,
des Weltmeers Wundermellen, wonnig küß;
ich weiß, das Glück kommt überall zu Goh.
Hält in der Hütte wohl am liebsten Raß. —
Der Bülte Duft im Morgenwind verfliegt,
in hoher Enge süße Frucht sich schmiegt —
wohl mir, wenn Gott zu Tische sich gesellt,
dann tausch' um nichts ich meine kleine Welt.

Johanna Maria Schriber war so Jahre alt, als die Poesie zu ihr kam. Ungemein tief empfand sie das. Sie selbst fand das alles ganz natürlich und einfach, „Nur aus Kommando schreiben kann ich nicht“, sagte sie einmal, „und wenn es mich nicht zum Dichten drängt, dann heist die Muse mich in die Finger!“ Wann aber dichtete sie? Auf dem Felde, im Garten, am Kochherd, im Stall. — Und welch machtvoller Phantasie konnte sich die Dichterin hingeben! Sie hatte sie einen Berg, einen See, einen Palast gesehen; sie sah die Welt in der Luft, sie sah die Welt in der unangenehmsten Schönheit ihrer offengelegten Seele, in ihrer Heimat, dort, wo die schönsten und tiefstempfundnen Gedächtnisse gewohnt hat und aus der ihre fingenbe, dichtende Seele immer wieder neu schöpfte wie aus einem unerschöpfbaren Born.

Viele Jahre schaffte Johanna Ambrosius im Verborgenen. Blatt kam zu Blatt, Heft zu Heft; Trauben und Ähren bogen die Geheimnisse. Eines Tages aber entdeckte der ungarische Professor Carl Weth-Schrententhal die bescheidene Dichterin, nahm sich ihrer Verle und Lieber mit Liebe an, sätete sie und brachte 1894 eine erste Gedichtsammlung heraus, die in kurzer Zeit das 45. und 46. Tausend erreichte. Der Erfolg war glänzend; er spendete der Dichterin verdientes Lob, auch ihre materiellen Verhältnisse gestalteten sich freundlicher.

Der zweite Teil ihrer Gedichte erschien drei Jahre später, 1897. Dieser Sammlung entnehme ich folgendes Charakteristisches Gedicht:

Mein Leben

Mein ganzes Leben war ein traurig Jern,
nach Lieb' und Glück ging ich als Kind schon aus,
gleich Faltern sah ich sie verlodert schwirren,
die hin und wieder ruh'n auf Blumen aus;
sie lockten mich bis hin zum späten Abend,
doch als der Nebel stieg, der Höhen Rauch,
versanken sie, in Blumen sich begrabend,
und meine Hand arliff in den Dornenstrauch.

Zum bin ich müde, rühre keinen Finger,
 lieg' auf dem Rafen, den der Reif schon neht,
 da seh' ich wieder diese schönen Falter,
 doch keiner sich auf Blumen niederseht.
 Sie schweben hoch und höher, jezt entwenden
 sie gänzlich meinem feuchtgewordenen Blicd.
 Die Blätter fallen von den Kiechhoffinden
 und flüsten leis: nur oben wohnt das Glück!

Johanna Ambrosius ist heute 75 Jahre alt. Sie lebt in Königsberg bei ihrem Sohn, weltfremd und fern aller Menschen. Möge ihr noch ein wenig Sonne auf ihrem Lebensabend beschieden sein und ihren beschatteten Weg erhellen!

Bücher zur Verfassung

(Fortsetzung des Berichtes in „Helmatblenit“ Heft 13, Seite 233.)

„Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919.“
Herausgegeben von Dr. H a w e l, Bilde-Verlag, Köln a. Rh.,
1920. Preis 1.50 RM.

Carl Seeling hat dem Blicklein, das sich zur Aufgabe setzt, mit volkstümlichen und einprägnanten Mitteln die Reichs-
verfassung der großen Masse der Bevölkerung nahezuzeigen, ein
kurzes Geleitwort vorangeschickt, das in dem Postulat gipfelt: In-
halt und Sinn der Reichsverfassung muß Erkenntnis des ganzen
Volkes werden, weil vom Volk die Staatsgewalt ausgeht. Diesem
Zweck glaubt die vorliegende Arbeit zweckmäßig dadurch dienen zu
können, daß sie sich nicht auf die Wiedergabe des Textes der Ver-
fassungsurkunde beschränkt, sondern sie überall durch geeignetes An-
schauungsmittel belebt und auf diese Weise das Verständnis
der durch die wichtigsten Verfassungsbestimmungen hervorgerufenen
Ideen zu erleichtern sucht. Die auf der einen Seite ethischen und ideen-
politischen Gesichtspunkte, die die Weimarer Verfassung bilden, wird auf diese
Weise in das helle Licht öffentlicher Betrachtung gerückt. Eine
Reihe von Bildergedruckten, von Oboengraphen, Zeichnungen

den graphischen Vorstellungen sind die Mittel, mit denen das Bildchen in seinem illustrativen Teil arbeitet. Sie sind dort eingesetzt, wo sich die innere Beziehung zwischen Verfassungssatz und bildlicher Darstellung unmittelbar oder mittelbar ergibt. Und noch eine andere Ziefleistung hat dem Herausgeber vorgeschwebt: im Bilde zu zeigen, daß das deutsche Volk in diesem Jahrgang nicht müßig die Hände in den Schoß gelegt hat, daß es in Stürmen und dülferen Bedrängnis fest zugehakt und sich eine sichere Grundlage nationaler Wiederarbeitung erarbeitet hat. Das alles wird, nicht immer in strenger Systematik, aber in sehr anschaulicher und einprägsamer Weise dargestellt. Insbesondere auf das Bedürfnis der jungen Generation ist dabei Rücksicht genommen worden, und wenn dabei, zum Beispiel, die Wünsche der Bezeichnung, mitunter auch das Bedürfnis nach Unterhaltung, Berücksichtigung gefunden werden, so geschieht gerade dieser Umstand dazu führen, daß diese in jedem Jahre eine interessante Aufgabe der Zeitscherrstellung Lösung findet in weite Kreise der Bevölkerung, und insbesondere in solche, die bisher einer Befähigung mit den Verfassungssagen grundmäßig, aus gefühlsmäßigen Gründen oder auch nur aus allgemeiner Gleichgültigkeit völlig gegenüberstanden. Be-

Die Grundrechte und Grundpflichten der Reichsverfassung. Herausgegeben von Prof. Dr. Hans Lipperdey. Verlag Reimar Hobbing, Berlin. Erster Band: Allgemeine Bedeutung der Grundrechte und die Artikel 102 bis 117. 412 S. Preis 25 RM.

Aber die Bedeutung und den praktischen Wert des zweiten Teils der Reichsverfassung, die Bestimmungen über die „Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen“, geben die Meinungen stark auseinander. Sollen diese Bestimmungen ein Programm für die künftige Rechtsentwicklung bilden oder ist ihr Zweck der Schutz der Minderheiten im parlamentarisch regierten Staat? Während manche in diesem Artikel nichts weiter als eine Sammlung von schönen, aber unverbindlichen Proklamationen und Ermahnungen sehen, ist andererseits — nicht zuletzt durch die Rechtsprechung der letzten Jahre — der Rechtsgehalt und die rechtliche Tragweite dieser Verfassungsnormen immer stärker offenbar geworden. Trotzdem bleibt ein gewisser Doppelcharakter unbefreitbar, der sich auch typisch aus den rechtlichen und politischen Motiven erklären läßt, die bei der Schaffung dieser Vorschriften in der Weimarer Nationalversammlung mitgesprochen haben. — Es ist daher un-

zweifelhaft ein Verdienst des obengenannten Werkes, wenn hier der Versuch gemacht wird, unter starker Berücksichtigung der geschichtlichen Grundlagen und der politischen Entstehungsgeschichte, die praktische Wirkung der einzelnen Bestimmungen zu untersuchen und damit „den zweiten Teil der Verfassung in den Strom des staatlichen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Geschehens hineinzuführen“. Dies geschieht mit aller wissenschaftlichen Gründlichkeit in Form eines großangelegten umfangreichen dreibändigen Sammelwerks, dessen vorliegender erster Band nach einer ausgezeichneten Einleitung über die juristische Bedeutung der grundrechtlichen Sätze der deutschen Reichsverfassung im allgemeinen, die von Thoma geschrieben ist, Einzelkommentare zu den Artikeln 102 bis 117 aus der Feder führender Theoretiker und Praktiker enthält.

Das Buch kann daher Anspruch darauf erheben, als das bisher noch fehlende grundlegende Standardwerk über den zweiten Teil der Reichsverfassung betrachtet zu werden.



Wenn während dieses Sommers die wunderbare Havelstadt Brandenburg ihr tausendjähriges Jubiläum feiert, so will das keineswegs heißen, daß es nicht schon früher einen Ort Brandenburg gegeben habe. Ein Blick in die Geschichte lehrt uns, daß sich hier, an der Havel, schon in vorgeschichtlicher Zeit Germanen aufgehalten haben, die unter dem Einfluß der Völkerwanderung nach Südwestdeutschland abgedrängt wurden. In die verlassen Gebiete drangen die Slaven ein, die von den Deutschen Wenden genannt wurden. Zu den Wenden gehörte auch der Volksstamm der Heveller, die den Gau Havelbunt benannten, der das ganze Havel-Land umfaßte. Mittelpunkt dieses Gaus war Brandenburg oder, wie es damals hieß, Brennburg. Die zentrale Lage inmitten des fluss- und forstreichen Havelgebietes gab diesem Ort eine besondere strategische Bedeutung. Zwei Jahrhunderte haben Deutsche und Wenden um seinen Besitz gekämpft. Die Einnahme der Festung durch König Heinrich I. im Winter des Jahres 928/29 trug zur episch-legendären Charakter. Immer wieder gelang es den Wenden, die von Deutschen nur dünn besetzte Stadt zurückzugewinnen und die Wahrgelassen ihrer heidnischen Gottheit, den Triglaw, auf dem Marienberg aufzurichten.

Was dem Schwert nicht gelingen wollte, das vollbrachten schließlich die von Magdeburg siegreich nach Osten vordringenden christlichen Sendboten. Der letzte Hevellerfürst Prizislaw war mit seiner Frau zum Christentum übergetreten. Da ihre Ehe kinderlos blieb, trat nach seinem Tod Albrecht der Bär in seine Rechte ein. Dem Jahre 1160 blieb nur Brandenburg und das ganze Havel-Land mit der Feste in deutschem Besitz. Prizislaw selber wurde in der von ihm gestifteten Petrikapelle auf der Dominik begraben.

Ein Blick vom Marienberg über die Stadt läßt uns heute noch erkennen, welche beherrschende Rolle das Christentum in diesen Mauern gespielt hat. Das hier errichtete Bistum hat in der politischen und kulturellen Geschichte der Mark Brandenburg unendlich segensreich gewirkt. Einige Kirchen gehören zu den schönsten, die der norddeutsche Bausteinbau hervorgebracht hat, allen voran die

St. Katharinen-Kirche, die urkundlich zuerst 1273 erwähnt wird. Charakteristisch aber für die im Laufe der Jahrhunderte wechselnden Stilformen ist der Dom, der von Otto I. im 10. Jahrhundert begonnen, in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts neu erstellt wurde. Vier große Bauperioden kommen an ihm zur Schau. In romanischem Stil angelegt, erfuhr er 1233 einen Übergangsbau, um dann im 14. Jahrhundert zweimal gotisch umgebaut zu werden. Im 18. Jahrhundert endlich erhielt er eine barocke Inneneinrichtung, von der die herrliche Kanzel mit den Aposteln Petrus und Paulus noch heute unsere Bewunderung erregt. Im 19. Jahrhundert wurde er unter Schinkel einer gründlichen Restaurierung unterzogen. Westfassade und Turm bekamen jetzt ihre endgültige Gestalt.

Von der geschichtlichen Vergangenheit der Stadt nur soviel: Bis zum Jahre 1451 war Brandenburg Haupt- und Residenzstadt der Mark. Erst jetzt begann Berlin der alten Hauptstadt den Rang abzulassen. Aber noch im 16. Jahrhundert wurde Brandenburg von Kurfürst Joachim I. das Recht zugesprochen, sich Kur- und Hauptstadt zu nennen. Unter Bischof Matthias ging Brandenburg zur Reformation über. In den 48er Jahren tagte in Brandenburg die neu gewählte Preussische Nationalversammlung. Von da an ist es in der politischen Geschichte nicht weiter hervorgetreten. Damit hat es aber freilich nicht aufgehört, als Stützpunkt eine bedeutende Rolle zu spielen. Das 19. Jahrhundert brachte einen neuen Zugang an Handel und Gewerbe, Fabriken und die für das Havelland so charakteristischen Wassertürme haben jetzt ebenbürtig neben den in tiefe Vergangenheit zurückzuführenden Kirchen- und Profanbauten. Dabei behält die Stadt ihr altes ehrwürdiges Aussehen. Die Linden- und Kastanienallee Anlagen des von der Havel mitter durchschnittenen Stadtbildes erheben noch den idyllischen Charakter dieses in der Vergangenheit so heilig umflossenen Bodens. Wie in alter Zeit, so ragt auch heute noch vor dem Neupfändischen Rathaus die Gestalt des eisernen Roland mit dem aufgehenden Schwert. Den Wanderer aber, den das tausendjährige Jubiläum in die Stadt führt, empfängt der alte freundliche Spruch, der auch für die Zukunft sich bewahrheiten möge: „Wie gut Brandenburg allewege!“

Dr. Paul Herzig.

Wie wird eine gute Bowle hergeſtellt?

Was wird Sie jedenfalls als Freund der guten Sachſache jetzt beſonders intereſſieren. Eine neue Abhandlung hierüber mit 45 erprobten Reſeptionen erhalten Sie auf Verlangen ſofortens von der Verlagsſtelle. 24 mitget., Vertriebsſt. 48 (Moſe) welche auch mit einem gründlichen Einbezug mit dem Interieſſenſtück unſeres Blattes verſehen ſind, das wir beſonders Beachtung empfehlen.

Ohne Anzahlung

**Stapp-
Düſſel-
Tisch-
decken
Läufer**

Teppiche

Sprechapparate
Diskrete Abwicklung, Verſ. Sie
ſofort bemutterte Offerte,
Verſand nach auswärts freibuſch.

Deuſche Teppich-Vertriebs Geſ.m.b.H.
Berlin W.6. Kronenſtr. 66/67

Beſante 5%, Rabatt.

Abſeſſionsbrunnen



kann jeder
ſelbſt aufſtel-
len. Man-
ten u. Klappen
ſow. künstliche
Kranzſtelle, für
alle Pumpen
paſſend, ſofort
lieferbar.

Illuſtriertes Preiſſen gratis.
A. Schepmann, Pumpen-
fabrik, Berlin N 300, Chaus-
ſſeſtraße 88

Sonder-Angebot

Bouclé- Teppiche	Axminster- Teppiche	Velour- Teppiche
ca. 140x200 RM 31 175x250 - 49 200x300 - 68 250x350 - 100	ca. 140x200 RM 31 175x250 - 41 200x300 - 61 250x350 - 96	ca. 140x200 RM 38 175x250 - 54 200x300 - 80 250x350 - 121

Unſterke, Granit, Jaſpe,
Marmor, Tisch- und Inſide

LINOLEUM

Seppula, Druck und Inſide
Läufer, Vorläufer u. Teppiche

TEPPICH OGE

Koken, douché, Brä-
ſel, Velour u. Tour-
nap-Ausſiegar u.

TREPPENLAUFER

Tischdecken von RM 1,--
an
Läden von 1,-- an

Geſtündet 1899 Berlin-Potsdamer Str. 14 Nahe Patrd. Platz
Bei Barzahlung 7% Kasse-Rabatt auf Originalpreiſe,
ausgenommen Linoleum- und Marken-Artikel

10 wertvolle Bücher

für inſgeſamt nur 13 Mark,
zahlbar auch
in Monatsraten von **3.-**

In der beſannten Gaſis-Ausgabe
erſchienen ſieben in Gaſſenſien gebunden,
hergeſtellt auf taſſelloſem Papier:

- Meyer, Jürg Jenatſch. 262 Seiten
- Mayer, Der Schatz von der Kugel — Die
Dochter des Königs. 262 Seiten
- Jonane, Jünglinge, Wirtungen. 260 Seiten
- Witkowski, Richard Wagner in Paris. 309 S.
- Bühner, Sämtliche Dichtungen. 261 Seiten
- Ludwig, Zwölfſten Himmel und Erde. 249 S.
- Solger, Die Frau von dreißig Jahren. 262 S.
- Abbe Dreſch, Manon Reſtard. 263 Seiten
- Kanſen, Eine glückliche Ehe. 247 Seiten
- Johannes v. Jenſen, Dolores. 263 Seiten

Jeder Band kann einzeln zum Preiſe von
1.30 Mark bezogen werden. — Die Lieferung
erfolgt auch bei Teilzahlung portofrei
und verpackungsfrei

Deuſche Beamten-Buchhandlung

Kaufſt. des Deuſchen Beamten-Verlagsverlags
Beſtellſchein: Ich beſtehe bei der Deuſchen
Beamten-Buchhandlung, Ende-
betrieb des Beamtenſchaftenverlags (G. m. b. & Co.)
Berlin SW 48, Friedrichſtraße 240/241, Abteilung II,
Bergmann Nr. 150, „Beſteller-Bücher“ zum Preiſe von
— der ganze
Betrag — die 1. Rate — folgt gleichſeitig — folgt
auf Beſtellkonto der Deuſchen Beamten-Buchhandlung
Berlin 1897 — folgt an —
(Erfüllungsſt. Deuſche-Bücher)

Name und Stand:
Ort und Datum:



„Gemütlicher Verein“

wenn die Stimmen am ſtärkſten ſind durch-
einanderſchreitern und wenn die Gläser klingen
und auf die holden Gattinnen angeſtoßen wird...
Schon ſind die Gedanken daheim, jeder ſieht im
Geſichte ſein friedliches „zu Hauſe“ vor ſich, und nun,
meine Herren Mitglieder, laſſen ſie mich Ihnen einen
wohlgemeinten Rat geben: Sollten Sie eine neue
Zimmer-Einrichtung brauchen oder auch Ergänzungs-
ſtücke und zeitgemäße Einſtelltüſel, dann merken Sie
bitte: Alles was Sie an Wöbeln wünſchen, hat gegen
keine Anzahlung und bei beſonders leiſchten Rat

Möbel = Gabbert

Berlin 1901, Veteranenſtraße 11
Neuer großer Katalog koſtenlos

Edmund Franzkowiak & Co.

Inhaber: Hofſpediteure Edmund Franzkowiak und Lothar Karzhals
Berlin - Wilmerſdorf, Wladimirſtraße 83-84, Pfalzburger Straße 43-48.
Telephon: Pfalzburg (H. 1.) 645, 646, 647, 648.

Möbeltransporte / Wohnungſtauch / Eigene moderne Lagerhäuſer

42000 Bezieher

die ſich in Reich, Ländern, Gemeinſden
führend betätigen
22000 Lehrer aller Geſtungen
10000 Auslandsdeuſche
3000 Prominente aus dem politiſchen,
wirtsſchaftlichen und geiſtigen Leben
2000 Amteſtuben, Konferenz-
zimmer, Leſeſäle
darauf
etwa 5000

Weit über 42000 Leser

mit beſtem Einkommen, und daher genügend kaufkräftig,
werden vom **Heimaldienſt** erfaßt

**Bücher, Reiſe-, Ver-
kehrs- u. Geſchäftsanzeigen
haben im „Heimaldienſt“
durchſchlagenden Erfolg!**

